

# Protokoll Einwohnerratssitzung

## 6. Sitzung

Montag, 23. Juni 2025, 19:00 Uhr, Grossratssaal

---

|                   |                                                                                                                                  |
|-------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Vorsitz:          | Anja Kaufmann, Präsidentin                                                                                                       |
| Protokollführung: | Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber                                                                                               |
| Anwesend:         | 46 Mitglieder des Einwohnerrates<br>7 Mitglieder des Stadtrates<br>Marco Salvini, Stadtschreiber<br>Jan Hlavica, Stadtbaumeister |
| Entschuldigt:     | Samuel Marti, Einwohnerrat<br>Christian Oehler, Einwohnerrat<br>Sandra Blank, Einwohnerrätin<br>Angela Milesi, Einwohnerrätin    |

| Traktanden                                                                                                                                                                                                         | Seite |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1. Mitteilungen                                                                                                                                                                                                    | 3     |
| 2. Ersatzwahlen in die Kommission «Überprüfung und Überarbeitung von WOSA» anstelle von Nicola Müller (SP) und Fabienne Luder (Grüne)                                                                              | 4     |
| 3. Wohnungssanierung Metzgergasse 2; Projektierungskredit                                                                                                                                                          | 5     |
| 4. Postulat Urs Winzenried (SVP): Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau mit der Regionalpolizei Suret; Prüfung und Bericht                                                                                        | 11    |
| 5. Motion Laszlo Etesi (SP), Vreni Jean-Richard (SP), Dimitri Spiess (SP), Benita Leitner (Pro Aarau), Martina Niggli (Grüne): Schachenhalle jetzt! Für eine vernünftige Sportinfrastruktur für Schule und Vereine | 15    |
| 6. Postulat Fabio Mazzara (Pro Aarau), Monika Suter (Grüne), Irene Stutz (SP), Peter Jann (GLP), Urs Winzenried (SVP): Feuerwerksverbot                                                                            | 24    |
| 7. Motion Fraktionen Grüne, GLP/Mitte, SP, Pro Aarau und Johanna Dietiker, EVP/EW: Wie weiter mit der Kreisschule Aarau – Buchs                                                                                    | 30    |
| 8. Verabschiedung Aaron Bürki                                                                                                                                                                                      | 35    |

## Traktandum 1

### Mitteilungen

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Ich begrüsse Sie herzlich zur Juni-Sitzung, der letzten Sitzung vor dem Maienzug. Dieser scheint dieses Jahr gut auf Kurs zu sein. Das schöne Wetter ist bestellt, der Vorabend ist gerettet, die neue Marschroute bereits zur Routine geworden und fast alle Brunnen können geschmückt werden. Deshalb hoffe ich, dass alle einen schönen Maienzug erleben, und lade euch ein, diesen Tag auch mitzugestalten. Nicht für jeden und nicht für jede ist dieser Tag gleich wichtig und das ist auch gut so. Aber mit ein bisschen Willen und gegenseitiger Rücksichtnahme und der Achtung der Vielfalt oder der verschiedenen Meinungen gelingt es auch in Aarau, einen Maienzug in Einheit zu erleben. Das sind schöne Worte. Sie stammen jedoch nicht von mir, ihr habt es sicher herausgefunden, sie kommen aus der Präambel der Bundesverfassung. Aber da trockene Worte noch keinen Durst löschen, lade ich euch liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen sowie die Mitglieder des Stadtrats zum traditionellen Behörden-Apéro am Maienzugvorabend ein. Die Einladung wurde heute Nachmittag verschickt. Derzeit sind 45 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Jemand kommt etwas verspätet. Das absolute Mehr liegt daher bei 23. Entschuldigt haben sich Samuel Marti, Christian Oehler, Sandra Blank und Angela Milesi. Die Traktandenliste wurde ordnungsgemäss zugestellt und insofern es keine Änderungsanträge gibt, fahren wir fort.

## Traktandum 2

### **Ersatzwahlen in die Kommission «Überprüfung und Überarbeitung von WOSA» anstelle von Nicola Müller (SP) und Fabienne Luder (Grüne)**

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Das Geschäft liegt beschlussreif vor und kann, nach vorgängiger Prüfung durch die Kommission, dem Einwohnerrat vorgelegt und beschlossen werden. Da die Kommission WOSA immer noch besteht, nehmen wir entsprechende Ersatzwahlen vor, damit das Geschäft dieser Kommission zugewiesen werden kann. Da zwei Mitglieder der Kommission WOSA mittlerweile aus dem Einwohnerrat ausgetreten sind, finden heute Ersatzwahlen statt. Es sind folgende Wahlvorschläge für die Ersatzwahlen eingegangen: von der Fraktion der Grünen wurde Monika Sutter nominiert und von der SP-Fraktion wurde Alois Debrunner vorgeschlagen. Möchten die Fraktionen ihre Wahlvorschläge begründen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es noch weitere Wahlvorschläge aus dem Rat? Da dies nicht der Fall ist, kommen wir nun zur Wahl.

### **Wahlergebnis**

In die Kommission «Überprüfung und Überarbeitung von WOSA» werden bei einem absoluten Mehr von 23 Stimmen gewählt:

- Alois Debrunner (45 Stimmen)
- Monika Suter (45 Stimmen)

## Traktandum 3

**Wohnungssanierung Metzgergasse 2; Projektierungskredit**

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Mit Botschaft vom 28. April 2025 stellt der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

**Antrag**

*Der Projektierungskredit für die Wohnungssanierung Metzgergasse 2, in der Höhe von 405 000 Franken inkl. 8.1 % MwSt. wird bewilligt.*

Die FGPK hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 10. Juni 2025 geprüft und stellt dem Einwohnerrat Antrag, das Geschäft zu genehmigen. Kommissionssprecher ist Michael Schibli.

**Michael Schibli, Mitglied:** Die FGPK hat das Geschäft an der Sitzung vom 10. Juni 2025 behandelt. Als Auskunftspersonen anwesend waren Stadtrat Hanspeter Thür, Jan Hlavica, Stadtbaumeister, und Simon Urech, Projektleiter Hochbau. Es handelt sich um den zweiten Anlauf der Sanierung der Wohnungen an der Metzgergasse 2. Das erste Gesuch wurde im Jahr 2019 von der Stadt zurückgezogen, da die Kosten-Nutzen-Relation des damaligen Projekts gemäss den Auskunftspersonen nicht überzeugen konnte. Aufgrund von anderen Prioritäten ging es etwa sechs Jahre, bis das Geschäft wieder aufgegriffen wurde. Die Diskussionen und Fragen, welche sich an der Sitzung der FGPK ergeben haben, lassen sich in zwei Teilbereiche zusammenfassen: Einerseits ging es um die Rentabilität und andererseits um die Grösse dieser Wohnungen. Zur Rentabilität: Aktuell sind zwei von vier Wohnungen leer. Nach Auszug der Mietenden wurden die Wohnungen nicht weitervermietet, da seit längerem geplant ist, die Wohnungen zu sanieren. Das Objekt befindet sich im Finanzvermögen der Stadt und muss eine gewisse Rentabilität erzielen. Auf Fragen aus der Kommission, wie hoch das Renditeziel ist, haben die Auskunftspersonen geantwortet, dass es zwischen 4 bis 5 % liegt. Weil aktuell zwei von vier Wohnungen leer stehen, besteht ein gewisser Zeitdruck, die Sanierung durchzuführen, damit schnellstmöglich wieder eine rentable Vollvermietung erzielen kann. Aus der Kommission kamen Anmerkungen zu den rechtlichen Vorgaben bezüglich missbräuchlicher Renditen. Gemäss den Auskunftspersonen werden die Vorgaben eingehalten, wie bei allen anderen städtischen Liegenschaften auch. Des Weiteren waren sich einzelne Mitglieder aus der Kommission nicht einig darüber, was eine angemessene Rendite für solche städtischen Liegenschaften bedeutet. Die Auskunftspersonen haben darauf hingewiesen, dass beim Projekt Metzgergasse 2 aktuell keine genauen Renditenberechnungen vorliegen. Die Projektdetails dafür stehen noch nicht genau fest. Aus der Kommission wurde, nebst der Wirtschaftlichkeit, nach weiteren Kriterien gefragt. Gemäss den Auskunftspersonen sind auch ökologische und energetische Kriterien wichtig. In Bezug auf die Grösse der Wohnungen hat die Kommission eingehend diskutiert, wie das Angebot ausfallen soll. In der Botschaft ist die Rede von neu acht 2,5 und 3,5 Zimmerwohnungen, plus allenfalls zusätzlich zwei 3,5 Zimmer Dachwohnungen. Die Kommission wollte wissen, ob eine Bedürfnisabklärung gemacht wurde und wieso die Stadt kleinere Wohnungen realisieren möchte und weshalb nicht auch grössere Wohnungen in Betracht gezogen werden. Zudem kam aus der Kommission der Vorschlag, Wohnraum für alleinerziehende Personen zu realisieren, da diese spezielle Bedürfnisse an den Grundriss haben. Die Auskunftspersonen informierten, dass die Wohnungsgrössen noch nicht definitiv festgelegt wurden. Umfragen haben jedoch ergeben, dass derzeit vor allem Nachfragen für kleinere Wohnungen bestehen. Zudem gibt die Grundrissanordnung bei der Sanierung

einer Altstadtliegenschaft Grenzen vor. Aus der Kommission kam zudem der Wunsch, das neue Wohnungsangebot so barrierefrei wie möglich zu realisieren. Die FGPK hat einstimmig beschlossen, dem Einwohnerrat zu empfehlen, den Projektierungskredit über 405 000 Franken anzunehmen.

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Wir kommen nun zur Diskussion. Ich gebe noch bekannt, dass wir inzwischen 46 Anwesende sind. Das neue absolute Mehr liegt bei 24.

**Dimitri Spiess, Mitglied:** Die SP-Fraktion begrüsst grundsätzlich die beantragte Projektierung zur Sanierung dieser Wohnungen an der Metzgergasse 2. Der bestehende Wohnraum in den stadteigenen Gebäuden mitten in der Altstadt ist heute teilweise leerstehend und nicht mehr zeitgemäss. Die fast 70 Jahre alten Grundrisse und der bauliche Zustand machen eine umfassende Erneuerung notwendig. Mit der beantragten Projektierung soll eine Grundlage geschaffen werden für eine sinnvolle, sozialverträgliche Nutzung dieser stadteigenen Liegenschaft. Die SP unterstützt im Projekt die skizzierten Ziele der Schaffung von zeitgemäßem Wohnraum in einem mittleren Ausbaustandard, die Berücksichtigung von ökologischen und energetischen Standards, insbesondere bei Fenster- und Fassadendämmung, sowie die mögliche Integration eines Lifts für eine Verbesserung der Barrierefreiheit dieser Wohnungen. Gleichzeitig sehen wir jedoch auch einige Punkte kritisch, die im weiteren Projektierungsverlauf genau beobachtet werden. Die Renditeerwartung und die soziale Verantwortung müssen im Gleichgewicht stehen. Die Liegenschaft gehört zum Finanzvermögen und soll Rendite erzielen, das ist nachvollziehbar. Gleichzeitig ist es aber aus Sicht der SP zentral, dass die Mietzinse nicht ins Hochpreissegment abdriften. Gerade in einer Zeit, in der zunehmende Wohnungsnot auch für Normalverdienende herrscht, erwarten wir, dass sich die künftigen Mieten an der Kostenmiete orientieren und bezahlbar bleiben. Es muss möglich sein, dass auch alleinerziehende oder ältere Personen mit knappem Budget eine Wohnung an dieser zentralen Lage finden können. Zudem muss die Durchmischung der Wohnungsgrössen gewährleistet bleiben. Die Botschaft stellt vorwiegend kleinere Wohnungen für Einzelpersonen und Paare in Aussicht. Ich möchte aber betonen, dass auch alternative Wohnformen wie Wohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnmodelle berücksichtigt werden sollen. Es braucht eine gute soziale Durchmischung. Ferner lässt die Qualität dieser Botschaft zu wünschen übrig. In der SP-Fraktion ist zu Recht angemerkt worden, dass die Vorlage teilweise ungenügend aufbereitet wurde oder an Copy-Paste-Arbeiten erinnert. Inhaltlich wurden Sachen aus früheren Planungsstadien übernommen, ohne die aktuelle Lage, Ziel und Varianten ausreichend präzise zu erläutern. Für die Projektierung ist das gerade noch vertretbar, für einen späteren Baukredit erwarten wir aber deutlich mehr Sorgfalt und Substanz. Aus diesen Gründen hat die SP-Fraktion auch in der internen Beratung dem Projektierungskredit mehrheitlich zugestimmt. Die Möglichkeit einer Rückweisung wurde diskutiert, aber verworfen. Wichtige Anliegen können im Rahmen der Projektierung jetzt noch vertieft geprüft werden. Insbesondere Varianten der Wohnungsgrössen und des Wohnungszuschnitts, Optimierung der Eingriffstiefe sowie Wirtschaftlichkeit und sozial ausgewogene Mietzinsmodelle. Wir fordern den Stadtrat auf, bei der weiteren Ausarbeitung dieses Projekts die Wohnraumstrategie der Stadt konsequent umzusetzen. Ziel muss ein Projekt sein, das ökologisch, wirtschaftlich und vor allem sozial nachhaltig ist und dem stadteigenen Anspruch gerecht wird, nämlich Vorbild für eine faire Wohnungspolitik zu sein. Die SP-Fraktion stimmt dem Projektierungskredit von 405 000 Franken zu.

**Rainer Lüscher, Mitglied:** Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich Stellung zum vorliegenden Geschäft nehmen. Die Botschaft und die Unterlagen, die uns zur Beurteilung zur Verfügung standen, waren leider sehr spärlich. Auch die Planunterlagen sowie die Schilderungen über die

bestehende Nutzung und den Zustand der Installationen und der Statik waren unvollständig. Es gab allgemein wenig Informationen über den Bestand. Interessant wären auch Unterlagen von bereits erfolgten Machbarkeitsstudien gewesen. In der Diskussion sind mehrere Fragen aufgetaucht: Gibt es Altlasten? Wie sind die Angaben über die Bauphysik und die Statik? Es fehlte zum Beispiel ein Plan des ersten Obergeschosses und es gab keine Angaben über die heutige Nutzung dieses Stockwerks. Auch Informationen über weitere Räume oder deren Nutzung, wie etwa das grosse Garagentor, lagen nicht vor. Ferner gibt es Fragen zu den EW-Kästen: Welche Verpflichtungen bestehen noch? Gelten die vollumfänglichen städtischen Baustandards auch für Liegenschaften im Finanzvermögen? Wenn man Aktien von einem Hotel irgendwo in Jamaika hat, kann man nicht sagen, wie die Fenster gemacht werden müssen. Es gab teils widersprüchliche Aussagen zur Fassadensanierung und zum denkmalpflegerischen Schutz. So beispielsweise, dass die Fassade bereits saniert worden ist. Im FGPK-Protokoll wird jedoch erwähnt, dass die Fassade gedämmt wird. Wir möchten an dieser Stelle von einer allfälligen beabsichtigten Innendämmung bei dieser alten Liegenschaft abraten. Es stellt sich auch die Frage, ob es neben dem Wohnungsbau Ideen für mögliche andere Nutzungen gibt, wie Hotels, Bed and Breakfast, Seminarräume oder andere Nutzungen. Hat aarau-Info mehr Platzbedarf? All das hätten wir gerne in der Botschaft erwartet. Der Fensterersatz ist für uns in Ordnung, ebenso die Dämmung des Estrichbodens oder des Dachs. Es gab jedoch keine Angaben über die bestehende und zukünftige Wärmeerzeugung oder Wärmeverteilung. Besteht die Möglichkeit eines Anschlusses an das Fernwärmenetz? Generell fehlten Informationen aus der Vorstudie. Der Zustand der Installationen im Allgemeinen, wie Wasserzuleitung, Abwasseranschluss, Elektrozuleitung ist auf den Fotos zu sehen, aber wie der Zustand der Fall- und Steigleitungen sind, ist nicht bekannt. Wer beurteilt eigentlich die Ergebnisse nach dem Vorprojekt mit den entsprechenden Varianten? Die Vorgabe für die Generalplanerausschreibung muss unbedingt geschärft werden. Welche Installationen müssen auch bei einer sanften Sanierung erneuert werden? Wie werden aarau-Info und die Nutzer im ersten Obergeschoss von den Bauarbeiten tangiert, wenn die Leitungen im Keller neu gemacht werden müssen? Wir möchten keinen Showstopper einlegen. Wir sind einverstanden, dass die Planung fortgesetzt wird. Im Vorprojekt sollen die erwähnten und eventuell auch weitere Varianten beleuchtet werden. Die minimalen Kosten für eine sanfte Sanierung sollen ebenfalls zusammengestellt werden. Wir möchten dem Stadtrat freie Hand geben, eine Planerausschreibung zu machen, ein Vorprojekt mit mindestens den erwähnten Varianten zu erarbeiten und nach dem Vorprojekt zu entscheiden, für welche Variante ein Bauprojekt erstellt werden soll. Nach Abschluss des Bauprojekts sollen die nötigen Arbeitsgattungen ausgeschrieben werden. Es soll uns ein entsprechender Ausführungskreditantrag für die vom Stadtrat gewählten Varianten unterbreitet werden.

**Susanne Heuberger, Mitglied:** Dem Projektierungskredit über 405 000 Franken wird die SVP-Fraktion geschlossen zustimmen. Für uns ist es klar, dass es aller höchste Zeit ist, beim Objekt Metzgergasse 2 das zweite und dritte Obergeschoss endlich zu sanieren. Schon seit mehr als zehn Jahren, nämlich seit 2013, sind diese dringlich erforderlichen Wohnungssanierungen beabsichtigt. Das Projekt auf eine derart lange Bank zu schieben, ja sogar für mehrere Jahre zu schubladisieren, geht nicht an. Nachdem der Stadtrat seinerzeit auf eine vollständige Sanierung der gesamten Liegenschaft aus finanziellen Gründen vorläufig verzichtet hat, wurde stattdessen nur das Erdgeschoss komplett saniert. Dieses wird seit 2014 von aarau-info genutzt. Die Stadt nahm im Jahr 2019 einen neuen Anlauf und hat ein Baugesuch öffentlich aufgelegt, das unter anderem zehn neue Wohnungen vorsah. Also genau das, was mit dem heutigen Projektierungskredit wieder angestossen werden soll. Die AZ titelte damals in der Ausgabe vom 14. Juni 2019 „Die Stadt baut 10 Wohnungen in der alten Post.“ Daraus ist bekanntlich nichts geworden. Das Baugesuch wurde zurückgezogen, und zwar mit der Begründung,

dass das damalige Projekt ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufgewiesen habe. Seit-her sind sechs Jahre ins Land gezogen, in denen nichts oder nicht viel passiert ist. Das ist für unsere Fraktion absolut unwürdig für eine so prominent gelegene Liegenschaft, die dem städtischen Finanzvermögen und dort sogar dem Teilportfolio Rendite-Liegenschaften zugeordnet ist. Zwischenzeitlich konnte der Botschaft sowie dem Votum der FGPK entnommen werden, dass die Wohnungen im zweiten und dritten Obergeschoss nur noch teilweise vermietet sind. Für uns ist das eine schlechte, gar fahrlässige Immobilienbewirtschaftung. Für die SVP ein absolutes No-Go. Wir verlangen, dass die Stadt hier subito Gegensteuer gibt und mindestens Zwischennutzungen anstrebt. Der Baustart soll laut dem Terminprogramm erst im zweiten Quartal 2027 sein, also in zwei Jahren. Auch geht es nach unserem Dafürhalten nicht an, dass man die noch verbliebenen Mietparteien seit Jahren im Ungewissen lässt oder sie im Unwissen leben müssen, wie lange ihnen ihre Wohnung noch zur Verfügung steht. Beim damaligen Rückzug des Baugesuchs, im Jahr 2019, wurde den Mietern kommuniziert, dass in naher Zukunft eine Sanierung der Liegenschaft erfolgen wird. Sechs Jahre später haben wir noch gar nichts. Wir befinden heute Abend über den Projektierungskredit, wie gesagt mit einem prognostizierten Baustart im zweiten Quartal 2027. Besser machen ist also in sehr vielen Belangen angesagt. Für die SVP ist es zwingend, dass man jetzt in eine neue Runde geht und bei diesem neuen alten Projekt ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt. Sozialer Wohnungsbau kommt für uns nicht in Frage. Zwingend ist für uns auch die Erwirtschaftung einer marktüblichen Rendite. Das Gebäude Metzgergasse 2 ist wie bereits gesagt im Teilportfolio Rendite-Liegenschaften. Wir erwarten auch, dass ab sofort eine seriöse und absolut verlässliche Kommunikation mit den Mietparteien erfolgt. Es wurde bereits gesagt, doch auch für uns ist es wichtig, dass man die Wohnungsgrösse noch einmal hinterfragt. Wir haben durchaus das Gefühl, dass auch für grössere Wohnungen ein Bedürfnis besteht, zum Beispiel für die Nutzung als WG. Wir haben weiter die Erwartung, wenn wir heute dem Projektierungskredit zustimmen, dass der Projektierungskredit nicht ausgeschöpft wird. Wir hatten schon einmal ein Bauprojekt, welches aufgelegt ist. Es wurden bereits Vorarbeiten gemacht. Es gibt vieles, worauf man zurückgreifen kann. Darum soll nach unserem Dafürhalten der Projektierungskredit nicht ausgeschöpft werden. Infolgedessen erwarten wir, dass die Kosten für das nachfolgende Bauprojekt deutlich unter diesen 3,7 Millionen Franken zu liegen kommen. Bei der vorliegenden Botschaft haben wir wieder ein ähnliches Projekt mit ähnlich vielen Wohnungen und einer leicht höheren Bausumme. Es gibt hier von uns aus gesehen noch Optimierungspotenzial nach unten. Und unter diesen Prämissen stimmen wir heute Abend dem Projektierungskredit zu.

**Johanna Dietiker:** Die Wohnungssanierung an der Metzgergasse 2 ist notwendig, weil die bestehenden Wohnungen nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entsprechen und teils leer stehen. Durch den Umbau würden mehr Wohnungen entstehen, was einem wachsenden Bedürfnis nach zentral gelegenen Wohnungen entspricht. Wir von der Fraktion Pro Aarau und EVP/EW stehen dieser Sanierung positiv gegenüber. Diskutiert wurde, dass die Umbaukosten für eine Wohnung auf 462500 Franken geschätzt werden, was für eine reine Sanierung hoch ist. Vielleicht lässt sich dies aber durch den Umbau in barrierefreie Wohnungen erklären oder die Schätzung ist einfach zu hoch. Gleichzeitig ist es aber auch eine nachhaltige Einnahmequelle für die Stadt. Dass die Wohnungen momentan nur teilweise vermietet sind, hat uns erstaunt. Für eine so zentrale Lage gibt es sicher Interessenten. Zum Beispiel im Sinn von Studentenwohnungen oder kostengünstigen Wohnungen in einem befristeten Mietverhältnis, wie sie auch in anderen Städten vorhanden sind. Mit der höheren Fachschule, diversen Lehrbetrieben in oder um Aarau oder auch dem KSA als riesigem Arbeitgeber mit befristeten Stellen, gibt es sicher auch diverse Interessenten, die solche Wohnungen schätzen würden. Für die Stadt wären zusätzliche Mieteinnahmen ebenfalls attraktiv. Alles in allem stehen wir dieser

Sanierung positiv gegenüber und werden deshalb den Projektierungskredit geschlossen annehmen.

**Hanspeter Thür, Stadtrat:** Vielen Dank für die grundsätzlich positive Aufnahme der Botschaft. Ich möchte mich nun noch zu einzelnen kritischen Punkten bzw. Voten äussern. Es wurde richtig festgestellt, dass die Wohnungsgrössen in der Botschaft vielleicht etwas eng beschrieben wurden. Wir müssen davon ausgehen, dass, wenn man ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis erreichen will, die bestehenden Grundrisse und Installationen in diesen Wohnungen gewisse Einschränkung bezüglich der Wohnungsgrösse bedeuten werden. Daher ist es wichtig, flexibel zu bleiben. Es ist daher möglich, dass verschiedene Varianten zur Diskussion gestellt werden. Es ist unter anderem von Rainer Lüscher eine ganze Reihe fehlender Unterlagen moniert worden. Alles, was er aufgelistet hat, ist Gegenstand der Projektierung. Die Fragen, die gestellt wurden, werden wir beim Bauprojekt beantworten können. Einschliesslich der Varianten, die sich aufgrund dieser Abklärungen ergeben, bis hin zur Energieversorgung und der Frage, ob für die beiden Stockwerke, die jetzt zur Diskussion stehen, weitere Massnahmen nötig sind. Wir gehen davon aus, dass dies nicht der Fall sein wird. Das Erdgeschoss und der erste Stock wurden im Jahr 2014 grunderneuert und funktionieren gut. Dies zeigt ein Besuch bei aarau-info. Wir gehen nicht davon aus, dass bei den Wohnungen im zweiten Stock zusätzliche Massnahmen nötig sein werden. Der Projektierungskredit wird dies beantworten können. Die Renditeerwartung wurde ausgeführt. Wie gesagt wurde, handelt es sich um ein Grundstück und ein Gebäude im Finanzvermögen. Wir gehen davon aus, dass eine normale Rendite realisiert werden kann. Beim alten Projekt, welches einen tieferen Eingriff in die Grundrisse beinhaltete, sind die Kosten aus dem Ruder gelaufen. Ein massvolles Intervenieren im Gebäude wird dazu führen, dass man eine vernünftige Kosten-Preis-Relation realisieren kann. Bei der Renditeerwartung gehen wir nicht von hochpreisigen Wohnungen aus. Das Umbauprojekt muss vom Bestehenden ausgehen und sollte im mittleren Segment liegen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die zwei leerstehenden Wohnungen mit Zwischennutzungen bedient werden könnten. Dies wurde mehrfach gemacht. Gelegentlich wurden diese Räumlichkeiten dazu genutzt, um Personen unterzubringen. So beispielsweise im Rahmen des cirqu'-Festivals, bei welchem die Künstler und Künstlerinnen in den leerstehenden Wohnungen eine Unterkunft gefunden haben. Es ist also falsch, jetzt davon auszugehen, dass die Räumlichkeiten jahrelang leer gewesen sind und von der Stadt nicht bewirtschaftet wurden. Diese Nischen schaffen Möglichkeiten zu intervenieren, wie wir das auch gemacht haben. Insgesamt glaube ich, dass wir jetzt auf dem richtigen Weg sind und die richtigen Zielrichtungen definiert haben. Sie werden Freude haben, wenn Sie den nächsten Schritt erleben werden, nämlich den Beschluss über den Baukredit und allenfalls dann auch den Beschluss über die Varianten, die sich je nach Eingriffstiefe, in die eine oder andere Richtung entwickeln werden.

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ansonsten kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Projektierungskredit für die Wohnungssanierung Metzgergasse 2, in der Höhe von CHF 405'000 inkl. 8.1 % MwSt. wird bewilligt.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

## Traktandum 4

**Postulat Urs Winzenried (SVP): Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau mit der Regionalpolizei Suret; Prüfung und Bericht**

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Am 21. November 2024 hat Einwohnerrat Urs Winzenried (SVP) das Postulat «Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau mit der Regionalpolizei Suret; Prüfung und Bericht» eingereicht mit folgendem

**Antrag**

*Der Stadtrat von Aarau wird ersucht, zeitnah einen künftigen Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau und der Regionalpolizei Suret zu prüfen und mit den Gemeinden Buchs, Gränichen und Suhr entsprechende Verhandlungen durchzuführen. Über die Ergebnisse der Prüfung und die Resultate der Verhandlungen erstellt der Stadtrat einen Bericht zuhanden des Einwohner-rates.*

Mit Botschaft vom 19. Mai 2025 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung und unterbreitet folgende

**Anträge**

1. *Das Postulat "Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau mit der Regionalpolizei Suret; Prüfung und Bericht" wird überwiesen.*
2. *Das Postulat "Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau mit der Regionalpolizei Suret; Prüfung und Bericht" wird abgeschrieben.*

**Urs Winzenried, Mitglied:** Der Stadtrat hat mein Postulat im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau und der Repol Suret speditiv behandelt und eine kurze vorliegende Botschaft erstellt. Herzlichen Dank. Wie bereits in der Beantwortung meiner Anfrage in der gleichen Sache im Jahr 2024, erklärt der Stadtrat erneut, dass er einem Zusammenschluss der Stadtpolizei und der Repol Suret offen gegenübersteht. Er hat den drei Gemeinden Buchs, Gränichen und Suhr ein Angebot zur Integration unterbreitet. Dieses Angebot wurde nach erfolgter Analyse leider von den drei Gemeinden abgelehnt. Ende April dieses Jahres fand in dieser Sache eine erneute Sitzung statt, wiederum ohne die Bereitschaft dieser drei Gemeinden zu einem Zusammenschluss. Das ist sehr schade. Ich frage mich allerdings, ob die Stadt die Argumente für einen Zusammenschluss genügend detailliert und intensiv eingebracht hat. Laut dem Stadtrat wird nun von allen Seiten die Intensivierung der operativen Zusammenarbeit begrüsst, wenn sie sachlich sinnvoll und organisatorisch möglich ist. Ein Zusammenschluss wird jedoch nicht angestrebt. Allfällige Massnahmen werden geprüft und in einer gemeinsamen Vereinbarung festgehalten. Die Stadt und die drei Gemeinden pflegen einen konstruktiven Austausch in dieser Angelegenheit. Mit anderen Worten, die geplante Lösung – Zusammenarbeit ja, Zusammenschluss nein – ist für den Stadtrat offenbar gut, zielführend und zweckmässig. Dieser Meinung kann ich mich nicht anschliessen. Ich habe zwar erkannt, dass der Bremsklotz für diesen Zusammenschluss nicht bei der Stadt, sondern bei den drei Gemeinden liegt. Ich kann aber nicht nachvollziehen, warum die drei Gemeinden das Angebot der Stadt auf einen Zusammenschluss einfach so ablehnen. Offenbar befürchten die drei Gemeinden bei einem Zusammenschluss Verlust von ihrem eigenen Einfluss bei

Sicherheitsfragen oder, etwas überspitzt ausgedrückt, das Abtreten ihrer Hausmacht. Die Stadtpolizei betreut sieben Gemeinden mit über 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und hat 39 Mitarbeitende. Die Repol Suret betreut drei Gemeinden mit nicht ganz 30 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und hat 13 Mitarbeitende. Es erstaunt doch ein bisschen, dass die drei Gemeinden mit der kleinsten von allen 15 Repols nicht an einem Zusammenschluss mit der starken Stadtpolizei Aarau interessiert sind. Es ist deshalb erstaunlich, weil ein Zusammenschluss dieser Gemeinden mit der Stadtpolizei Aarau in einem zusammenhängenden, kompakten, dicht besiedelten Agglomerationsbereich für alle Beteiligten eigentlich nur Vorteile hätte: erhöhte Handlungsfreiheit bei Einsätzen, Schwerpunktaktionen, besseres Patrouillenmanagement rund um die Uhr, bessere Pikettorganisation, Wegfall von Doppelspurigkeiten, schlankere Führung und Verwaltung sowie geringere Kosten. Das Nebeneinander der Stadtpolizei und der Repol Suret im Grossraum Aarau ist wenig effizient und ein Anachronismus. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat mein Postulat überweisen will. Nicht einverstanden bin ich allerdings mit dem Antrag, das Postulat abzuschreiben. Der Stadtrat muss meines Erachtens den Prozess für einen Zusammenschluss weiter aktiv vorantreiben. Der Zusammenschluss ist sehr wohl auch im Interesse der Stadt Aarau. Auch Aarau profitiert von einem Zusammenschluss: 52 Mitarbeitende anstatt 39, das eröffnet auch für Aarau neue zusätzliche Einsatzmöglichkeiten und Schwerpunkte. Der jetzt geplante Weg – Zusammenarbeit ja, aber Zusammenschluss nein – ist ein bisschen weder Fisch noch Vogel. Eine halbherzige, kurzfristige Lösung. Viele Vorteile eines eigentlichen Zusammenschlusses kommen bei einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit gar nicht oder nur bedingt zum Tragen. Ausserdem besteht die Gefahr, dass die Stadt Aarau bei dieser Vereinbarung in Bezug auf die zu erbringenden Leistungen viel mehr die gebende und viel weniger die nehmende Organisation sein dürfte. Wenn die drei Gemeinden einen Zusammenschluss weiterhin ablehnen, muss sich die Stadt schon überlegen, bei dieser geplanten Vereinbarung aus einer Position der Stärke zu agieren. Also nach dem Grundsatz Aarau first und nicht die drei Gemeinden zuerst. Ich bin auf den Inhalt dieser Vereinbarung gespannt und erwarte, dass die Vereinbarung vor ihrem Inkrafttreten auch dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht wird. Das Ziel muss doch schlussendlich sein, dass sich der Stadtrat auch im eigenen Interesse mit diesen drei Gemeinden auf einen Zusammenschluss dieser Organisationen einigt. Dafür genügt meines Erachtens die vom Stadtrat kommunizierte Offenheit für einen Zusammenschluss nicht. Sondern der Stadtrat ist aufgefordert, sich weiterhin aktiv und mit Nachdruck für einen Zusammenschluss einzusetzen. Bis der Zusammenschluss hoffentlich doch bald Tatsache wird oder zumindest für Aarau eine ganz gute Vereinbarung auf dem Tisch liegt, darf das Postulat meines Erachtens nicht abgeschrieben werden. Bei der Abschreibung besteht die Gefahr, dass vorläufig gar nichts passiert und dass das Geschäft schubladisiert wird. Aus diesen Gründen bitte ich euch alle, nicht nur dem Postulat zur Überweisung zuzustimmen, sondern auch die Abschreibung abzulehnen.

**Jan Depta, Mitglied:** Die Fraktion Mitte/GLP erklärt sich mit der Überweisung des Postulats einverstanden. Wir haben jedoch vertieft diskutiert, ob eine Abschreibung sinnvoll ist oder nicht. Schlussendlich wird unsere Fraktion über den Antrag zur Abschreibung unterschiedlich abstimmen. Diskutiert wurde nämlich, ob der Stadtrat es sich hier zu einfach macht und sich auf eine zu schmale und einseitige Basis stützt. Der Stadtrat empfiehlt die sofortige Abschreibung nach einem einzigen Gespräch mit der Präsidentenkonferenz der Repol Suret am 30. April 2025. Dabei stützt er sich auf zwei Punkte: die ablehnende Haltung der Präsidentenkonferenz und deren Meinung, dass die bestehende operative Zusammenarbeit ausreichend sei. Das ist methodisch ungenügend und führt zu einer verzerrten Beurteilung. Die Präsidentenkonferenz der Repol Suret hat naturgemäss eine eigene Meinung. Ein Zusammenschluss würde für die Polizeiführung Kompetenzabgabe und strukturelle Veränderung bedeuten. Es ist völlig verständlich, wenn sie einem solchen Schritt skeptisch gegenüberstehen und

stattdessen die bestehende Kooperation als ausreichend bezeichnen. Sich ausschliesslich auf diese Einschätzung zu stützen, ist ungenügend. Es braucht eine breitere Abstützung mit verschiedenen Perspektiven. Allerdings haben wir auch diskutiert, inwiefern die Aufnahme von Verhandlungen sinnvoll ist, wenn für den Zusammenschluss keine Gesprächsbereitschaft vorhanden ist. Ein Zusammenschluss könnte erhebliche Chancen bieten: mehr Personal für Bürgernähe, der Wegfall doppelter Führungsstrukturen würde Personalressourcen freisetzen. Diese können direkt für Patrouillen und Bürgerkontakt eingesetzt werden. Mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Strasse statt in der Verwaltung. Verbesserte Sicherheit durch erhöhte Präsenz und effizienteren Personaleinsatz. Bessere Abdeckung des zusammengewachsenen Agglomerationsraums, flexiblere Einsatzplanung bei besonderen Ereignissen und schliesslich Entlastung der Polizeikräfte durch optimierte Pikettorganisationen. Dies reduziert die Belastung einzelner Mitarbeiter, ein grösserer Personalpool ermöglicht eine bessere Work-Life-Balance und weniger administrative Doppelspurigkeiten. Falls wir das Postulat nicht abschreiben, würde der Stadtrat eine fundierte Analyse mit breiter Abstützung erstellen müssen. Dies bedeutet den Einbezug verschiedener Stakeholder, direkte Gespräche mit den Exekutiven der Gemeinden Buchs, Gränichen und Suhr, Einbezug externer Polizeiexperten und Organisationsberater, Analyse von Vergleichsfällen aus Kantonen und Gemeinden sowie eine objektive Potenzialanalyse. Diese sollte die Quantifizierung freigesetzter Personalressourcen durch den Wegfall von Doppelstrukturen und die Berechnung zusätzlicher Patrouillenkapazitäten bei 52 Mitarbeitenden und 81.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Effizienzsteigerungen bei der Einsatzplanung, Pikettdiensten und Materialbeschaffung umfassen. In Zeiten angespannter Gemeindehaushalte dürfen wir mögliche Effizienzgewinne nicht ungeprüft lassen. Die demografische Entwicklung zu einer zusammenhängenden Agglomeration erfordert eine objektive Analyse der Organisationsstrukturen. Als Fraktion werden wir für die Überweisung des Postulats im Sinne des Stadtrats stimmen. Allerdings werden wir gemischt bezüglich der Abschreibung abstimmen. Grundsätzlich finden wir aber, dass der Stadtrat dranbleiben soll und alle relevanten Stakeholder einbezieht und dem Einwohnerrat aufzeigen kann, wie durch einen Zusammenschluss mehr Personal für die Bürgernähe freigesetzt, die Sicherheit verbessert und gleichzeitig Polizeikräfte entlastet werden können.

**Simon Burger, Mitglied:** Die SVP-Fraktion spricht sich ebenfalls für eine Überweisung des Postulats aus. Das Postulat von Urs Winzenried war sehr wertvoll. Es ist wichtig, zwischen- durch innezuhalten und sich Gedanken über die Organisationsstrukturen zu machen. Ob dies nun zielführend ist oder nicht. Der Stadtrat ist zu einem klaren Schluss gekommen, den wir nachvollziehen können. Es gibt gute Gründe, die bestehenden Strukturen beizubehalten. Grösse heisst nicht zwangsläufig mehr Effizienz, was oft falsch angenommen wird. Die bestehenden Strukturen haben sich bewährt und es ist klar, warum die anderen Gemeinden nicht an einem Zusammenschluss interessiert sind. Man würde mehr Effizienz schaffen, was heissen würde, dass man die Kräfte aus der Peripherie abziehen und vermutlich mehr ins Zentrum konzentrieren würde. Das ist nicht im Sinn der umliegenden Gemeinden und auch nicht fair. Last but not least: Der Grosse Rat hat sich klar für das duale System ausgesprochen. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat künftige Überlegungen anstellen wird, wie man die Ressourcen im Sicherheitsbereich optimal einsetzen kann. Deshalb muss unseres Erachtens das Postulat nicht bestehen bleiben. Die SVP stimmt deshalb grossmehrheitlich der Abschreibung des Postulats zu.

**Marcel Bruggisser, Mitglied:** Wir unterstützen im Grundsatz den Zusammenschluss der beiden Regionalpolizeien. Die Vorteile eines Zusammenschlusses wurden bereits ausführlich erwähnt. Trotzdem werden wir die Überweisung sowie die Abschreibung unterstützen, da der

jetzige Zeitpunkt nicht ideal ist, um die Verhandlungen weiterzuführen. Wir würden es bevorzugen, wenn Urs Winzenried nach einiger Zeit noch einmal einen Vorstoss machen würde, damit der Druck auf den Stadtrat erhalten bleibt. Ich glaube, der jetzige Zeitpunkt ist nicht ideal, um das Thema aufrechtzuerhalten.

**Silvia Dell'Aquila, Stadträtin:** Es tut mir leid, falls Urs Winzenried das Gefühl hat, dass die Vertretung der Stadt ihre Argumente nicht gut eingebracht hat. Wir sind überzeugt davon, dass ein regionaler Zusammenschluss in der aktuellen Situation sinnvoll wäre. Die Repol Suret hat bereits in den Jahren 2019 sowie 2021 verschiedene Möglichkeiten für einen Zusammenschluss oder eine Zusammenarbeit geprüft und sich letztlich immer für eine eigenständige Polizei ausgesprochen. Diese Entscheidung müssen wir respektieren. Wir sind immer offen gewesen und haben diverse gute Gründe genannt, weshalb dieser Zusammenschluss nötig ist. Auch auf kantonaler Ebene wurde entschieden, das duale System in der Polizeiorganisation aufrechtzuerhalten. Wir hoffen, dass sich dadurch vieles von selbst lösen wird. Falls nicht, müssen wir möglicherweise noch einmal auf kantonaler Ebene Druck machen, damit sich etwas ändert und Polizeiarbeit und Bevölkerungsschutz effizient bewerkstelligt werden können. Deshalb freue ich mich, wenn Sie dem Antrag des Stadtrates folgen.

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

#### **Abstimmung über Antrag 1**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss**

*Das Postulat "Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau mit der Regionalpolizei Suret; Prüfung und Bericht" wird überwiesen.*

#### **Abstimmung über Antrag 2**

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen folgenden

#### **Beschluss**

*Das Postulat "Zusammenschluss der Stadtpolizei Aarau mit der Regionalpolizei Suret; Prüfung und Bericht" wird abgeschrieben.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

## Traktandum 5

**Motion Laszlo Etesi (SP), Vreni Jean-Richard (SP), Dimitri Spiess (SP), Benita Leitner (Pro Aarau), Martina Niggli (Grüne): Schachenhalle jetzt! Für eine vernünftige Sportinfrastruktur für Schule und Vereine**

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Am 21. Januar 2025 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Laszlo Etesi (SP), Vreni Jean-Richard (SP), Dimitri Spiess (SP), Benita Leitner (Pro Aarau) und Martina Niggli (Grüne) die Motion «Schachenhalle jetzt! Für eine vernünftige Sportinfrastruktur für Schule und Vereine» eingereicht mit folgenden

**Anträgen**

1. *Dem Einwohnerrat ist ein Planungskredit zwecks Ausarbeitung der Varianten «Sanierung» und «Neubau» der Sportinfrastruktur Schachenhalle vorzulegen (ohne Abhängigkeit von externen Realisierungspartnern). Die Höhe des Planungskredits ist vom Stadtrat in der Botschaft festzulegen.*
2. *Beide ausgearbeiteten Varianten sind anschliessend dem Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.*

Mit Botschaft vom 19. Mai 2025 nimmt der Stadtrat zu dieser Motion schriftlich Stellung und unterbreitet folgenden

**Antrag**

*Die Motion «Motion Schachenhalle jetzt! Für eine vernünftige Sportinfrastruktur für Schule und Vereine» wird nicht überweisen.*

**Laszlo Etesi, Mitglied:** Wir setzen uns seit Jahren für gute, bedarfsgerechte, umsichtig geplante und nachhaltig gebaute städtische Infrastrukturen ein. Zeugen dafür sind die vielen eingereichten Postulate, Motionen und Anfragen zu diesem Thema sowie die konkrete Unterstützung für Infrastrukturprojekte im Rat – sei es bei Schulhäusern, Brücken oder Sportanlagen. Alle anderslautenden Aussagen, die unsere Motivation in Frage stellen, wie dies der Stadtpräsident in der Aargauer Zeitung vom 1. September 2024 gesagt hat, sind ideologisches Geplapper. Für uns geht es in dieser Motion nicht um Obstruktion, sondern um umsichtige Stadtentwicklung. Wir wollen, dass unterschiedlichste Sportvereine in angemessener Infrastruktur ihrem Sport nachgehen können. Auch wir finden, dass es einiges abzuklären gibt. Insbesondere im Hinblick auf den möglichen Nutzen für die Aarauer Bevölkerung. In Aarau gibt es klare Bedürfnisse nach Sportinfrastrukturen wie Hallenplätze für den Schulsport, Fussballplätze, Schwimmbäder, Pumptracks, Tennisanlagen, Unihockeyhallen und Handballfelder. Diese Infrastrukturen werden intensiv von verschiedenen Bedarfsgruppen genutzt, wie Schulen, Vereine und teilweise auch Unternehmen und Institutionen für Events. Gerade weil es so viele Bedarfsgruppen gibt, ist es für uns stadt- und demokratiepolitisch wichtig, den Bedarf für die Schachenhalle vertieft abzuklären. Das Parallelprojekt Argoviarena ist eine mit Turbo entstandene Vision für eine mögliche Nutzung durch eine spezifische Bedarfsgruppe. Dass das Projekt durch den HSC Suhr Aarau als präferierte Variante vehement beworben wird, ist verständlich. Dennoch braucht es aus mehreren Gründen ein umsichtiges Vorgehen. Beispielsweise die Super-Turbo-Projektvorbereitung: Die Aarauer Bevölkerung und der Einwohnerrat haben

im Sommer 2023 das erste Mal von diesem Projekt in der Aargauer Zeitung gelesen. Ein Jahr später wurde der Einwohnerrat durch den Stadtrat in einer Infoveranstaltung mit einem fast pfannenfertigen Projekt und dem Start einer Investorens submission praktisch überrumpelt. Im Vergleich dazu: Auf die Erweiterung des Zurlindenstegs, der auf eine einwohnerrätliche Motion zurückgeht, warten wir heute immer noch – daran arbeiten wir seit nunmehr 6 Jahren. Beim Argoviarena-Projekt geht es um ein Gesamtvolumen von 160 Millionen Schweizer Franken, weil es über eine komplexe Querfinanzierung mit zwei Wohnblöcken gebaut werden soll. Wenn ich daran denke, dass im Einwohnerrat teilweise das Behördenreferendum bei 5 Millionen Franken ergriffen wird, weil das Investitionsvolumen zu nah an unserer 6.5 Millionen Franken Kompetenzgrenzen kratzt, finde ich es angebracht, die ganze Sache ein bisschen genauer anzuschauen. Ich möchte in meinem Votum nicht unbedingt die Argoviarena ins Zentrum stellen, sondern erklären, weshalb wir finden, dass die Motion jetzt wichtig ist. Erstens: Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt Aarau in Infrastrukturfragen einen eigenen Plan haben muss. Wir möchten, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie auch die Mitglieder des Einwohnerrats etwas zu diesen Infrastrukturen sagen dürfen. Es geht darum, wie sie in Aarau entstehen und wie sie aussehen sollen. Wir wollen, dass gemeinsam der Bedarf mitdefiniert werden kann, ohne dass wir uns einem Diktator und einzelnen Bedarfs- und Nutzungsgruppen fügen müssen. Ein überdimensioniertes und nur auf eine Bedarfsgruppe zugeschnittenes Projekt führt nämlich zu Mehrkosten in der Ausgestaltung und potenziell auch zu Mehrkosten im Betrieb. Diese werden dann wieder auf die Stadt abgewälzt, falls das Betriebskonzept, welches es heute noch nicht gibt, nicht vertretbar ist. Ausserdem wird die Nutzung, wenn man andere Bedarfsgruppen anschaut, zum Beispiel Vereine oder Schulen, je nach Ausbau- und Betriebskonzept massiv eingeschränkt oder eben viel teurer. Deshalb finden wir, dass es einen städtischen Plan braucht, der mit realistischen, breit aufgenommenen Bedürfnissen arbeiten darf. Zweitens: Unsere Erfahrungen beim Stadion haben gezeigt, dass Infrastrukturen mit komplexer Abhängigkeit und Querfinanzierung nicht einfach so schnell gebaut werden können. Erst wenn die Stadt und die Ortsbürgergemeinde den Landnutzungen zustimmen, kann das Wohnprojekt geplant werden. Wenn das Projekt geplant ist und bewilligt wird – Achtung Einsprachen –, dann kann man die Wohnungen verkaufen und erst dann wird die Sporthalle realisiert. Das kann Jahre dauern. Darum sind wir der Meinung, dass es einen städtischen Plan braucht, der schneller umgesetzt werden kann und der auch den Infrastrukturbau vom Wohnungsbau trennt. Apropos Wohnungsbau: Wir finden, die Stadt oder die Ortsbürgergemeinde dürfte natürlich auch gerne eigene Visionen entwickeln und selbst gute und bezahlbare Wohnungen bauen oder das Land im Baurecht an eine Wohnbaugenossenschaft abgeben. Zu guter Letzt noch zwei kleine Klarstellungen, die mir wichtig erscheinen. Erstens: Unsere Anträge in der Motion führen nicht dazu, dass das Investorenprojekt, also die Public-Private-Partnership (PPP), gestoppt werden muss. Gemäss unserer Abklärung mit dem Ratsbüro hat der Stadtrat entschieden, die Submission aus politischen und Ressourcengründen zu stoppen. Rechtlich bleibt die Weiterführung der PPP somit möglich und der Stadtrat hat später weitere Optionen. Zweitens: Das Argument der Argoviarena, sie wäre gratis und würde die Steuerzahler nichts kosten, ist einfach falsch. Wenn die Stadt und die Ortsbürgergemeinde Land zur Verfügung stellt, über welches man 160 Millionen Schweizer Franken erwirtschaften kann, dann ist das nicht gratis. Ich möchte euch bitten, unsere Motion zu überweisen, damit wir eine echte Vergleichsmöglichkeit haben und das Sporthallenprojekt selbst aufgleisen können. Wir kommen nicht schneller oder besser ans Ziel, wenn wir uns dem Druck und den äusseren Zwängen hingeben. Nur wenn der Bedarf und die Nutzung klar getrennt und erkannt werden, können wir auch gute Entscheidungen treffen. So geht es viel schneller und die Lösung ist besser, denn so werden alle Optionen angeschaut. Wenn wir das jetzt nicht machen und nicht überweisen, dann ist das eine Freigabe und es passiert irgendetwas. Wir geben unser Mitspracherecht sowie jenes der Bürgerinnen und Bürger einfach auf. Wir wollen baldmöglichst die

beste Sportinfrastruktur für die Schulen und Vereine. Darum bitte ich euch alle, diese Motion zu überweisen. Danke vielmals.

**Petra Ohnsorg Matter, Mitglied:** Als Kind und Jugendliche habe ich viermal in der Woche trainiert und als junge Frau bin ich Trainerin der jüngsten Mannschaft meines Schwimmvereins geworden. Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie wichtig und wertvoll ein Sportverein für ein Kind sein kann. Nicht nur sportlich, sondern auch aus sozialer Sicht. Eine Vereinskollegin wurde später Olympiasiegerin, und solch ein Erfolg ist nur mit entsprechender Infrastruktur möglich. Mit dem Herz für den Sport bin ich nicht allein in meiner Fraktion. Wir haben ein Mitglied in der Sportkommission und können mit gutem Gewissen sagen, dass wir in den letzten Jahren alle Sportinfrastrukturprojekte unterstützt haben. Obermatten, Winkel, Schachen, um nur die jüngsten Beispiele zu nennen. Auch für die Schachenhalle hat sich die Grüne Fraktion stark gemacht. Im Jahr 2015 wurde die Projektierung für den Neubau im Einwohnerrat abgelehnt. Sie galt, als zu teuer und es sollte, nur das Nötigste gemacht werden. Die Grüne Fraktion stellte einen Antrag, keine Pflaster auf unbestimmt, sondern nachhaltig zu sanieren. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt, und seitdem gammelt die Halle vor sich hin. Wir Grünen finden es gut, dass die Schachenhalle wieder Thema ist. Wir sind grundsätzlich weder gegen eine Eventhalle noch gegen eine PPP. Wir wollen eine nachhaltige Lösung für diese Bruchbude und keine weitere Bruchlandung. Wir wollen eine transparente Diskussion, eine Auslegeordnung und vor allem einen Plan B. Nicht wie damals im Jahr 2015. Die Grünen wollen in absehbarer Zeit eine gute Halle haben. Deshalb müssen wir aus unserer Sicht folgendes machen: Erstens den Einwohnerrat endlich in den Prozess einbinden. Zweitens eine Grundsatzdiskussion über städtische Sporthalle oder Eventhalle führen. Warum muss der Einwohnerrat im Projekt Argoviarena besser eingebunden werden? Weil der Einwohnerrat letztlich entscheidet. Der Stadtrat hat sich zwar für eine Eventhalle ausgesprochen, aber den definitiven Entscheid kann der Stadtrat allein nicht treffen. Es ist bei der Argoviarena ähnlich wie beim Fussballstadion: Der Einwohnerrat entscheidet, ob die Halle abgerissen wird, ob er das Land einem Investor zur Verfügung stellt, über die Änderungen der Bau- und Nutzungsordnung für den PPP und er redet beim Gestaltungsplan mit. Je früher wir diskutieren, desto grösser die Chance, dass die Hürden wie die Änderungen der BNO oder ein Landabtausch erfolgreich überwunden werden. Zweitens: Warum muss eine Grundsatzdiskussion ob städtische Sporthalle oder Eventhalle geführt werden? Als Besitzer der Halle und als zuständige Instanz für Schul- und Sportinfrastruktur sehen wir uns in der Verantwortung, einen bewussten Entscheid zu fällen. Eine Eventhalle hat einen anderen städtebaulichen Impact als eine Sporthalle. Eine Eventhalle muss eine entsprechende Anzahl und auch grosse Events durchführen, um rentabel zu sein. Dafür braucht es rundherum eine andere Infrastruktur als für eine normale Sporthalle. Parkplätze, ÖV-Anschlüsse, Gastronomie, Übernachtungsangebote und so weiter. Eine Eventhalle muss im Betrieb finanziert werden, und das passiert nicht über den Schulbetrieb und auch nicht über den Trainingsbetrieb. Wir kennen ähnliche Diskussionen vom KUK. Für all diese Themen rund um eine Eventhalle sind wir als Besitzer und Einwohnerrat zuständig und verantwortlich. Deshalb finden wir es eminent wichtig, dass wir diese Grundsatzdiskussion miteinander führen – und zwar so schnell wie möglich und so transparent wie möglich. Ein bewusster Entscheid wird den Prozess nicht verlangsamen, sondern im Gegenteil beschleunigen. Fällt der Entscheid zugunsten der Eventhalle aus, kann das der Argoviarena sogar Schub verleihen. Der Prozess für die Argoviarena ist viel komplexer und risikoreicher als für einen städtischen Bau. Wir Grünen sind überzeugt: Wir müssen die Grundsatzdiskussion jetzt führen und nicht erst bei einer Änderung der BNO oder dem Gestaltungsplan. Wir müssen als Einwohnerrat jetzt in die Verantwortung gehen und verschiedene Optionen prüfen. Sanierung oder Neubau, Eventhalle oder städtische Sporthalle, städtischer Bau oder PPP. Je schneller wir entscheiden, was gebaut werden soll, desto kleiner sind die Risiken für das ausgewählte Projekt, und desto

schneller werden wir wieder eine anständige Halle im Schachen haben, nicht eine Bruchbude. Darum sagt die Grüne Fraktion einstimmig Ja zur Motion.

**Fabio Mazzara, Mitglied:** Wir haben in unserer Fraktion Pro Aarau und EVP/EW lange über die Motion Schachenhalle jetzt! diskutiert. Dabei ist eines klar geworden: Alle im Rat erkennen den Handlungsbedarf. Es ist uns bewusst, dass die aktuelle Schachenhalle entweder von Grund auf saniert oder neu gebaut werden muss. Im Optimalfall passiert das so bald wie möglich. Es stellt sich die Frage, wie man möglichst bald zu einer guten neuen Schachenhalle kommt. Uns kommen dafür drei Wege in den Sinn: Entweder lässt die Stadt die Halle durch ein PPP-Projekt bauen, sie saniert die Halle selbst oder sie baut eine neue Halle. Man könnte bei den verschiedenen Wegen Vor- und Nachteile aufzeigen. So zum Beispiel die Baukosten, die späteren Betriebskosten, wie man das Projekt beeinflussen könnte oder auch die Gefahren bei der Realisierung. Man könnte alle mit ins Boot nehmen und damit eine möglichst gut evaluierte und breit abgestützte Lösung finden. Der Stadtrat hat sich jedoch für einen anderen Weg entschieden. Er zeigt nur ein mögliches Vorgehen auf und suggeriert dabei vieles. Es wird suggeriert, dass das Projekt nichts kostet, dass wir damit am schnellsten zu einer neuen Halle kommen, dass das Projekt alternativlos ist und dass eine alternative Vorgehensweise das PPP-Projekt zum Scheitern bringen würde. Was uns besonders stört, ist die Suggestion von Befürwortern der Argoviarena, dass Personen oder Parteien, die sich kritisch mit dem Projekt auseinandersetzen oder ein anderes Vorgehen bevorzugen, den Sport nicht unterstützen wollen. Das ist nicht korrekt und auch nicht fair. Wenn wir in den letzten Jahren zurückblicken, ist es unschwer zu erkennen, dass es in Aarau nicht einfach ist, grössere Bauprojekte ohne Einsparungen und Verzögerungen zu realisieren. Beispiele dafür sind das Torfeld Süd, der Sportplatz Winkel, der dritte Gastrobetrieb an der Aare oder ganz aktuell der Oberstufenschulraum. Beim Oberstufenschulraum gab es kritische Stimmen, die dem Stadtrat vorwarfen, nur eine Variante vorzulegen. Die Mehrheit des Einwohnerrates und der Stadtrat wollten jedoch vorwärts machen. Das Projekt wurde zu einem späteren Zeitpunkt abgeschossen und wird jetzt voraussichtlich 40 Millionen Franken teurer. Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass eine rasche Realisierung des PPP-Projekts nur mit sehr viel Optimismus zu erwarten ist. Es gibt beim PPP-Projekt wortwörtlich mehrere Baustellen und damit auch mehrere Verhinderungs- und Verzögerungsmöglichkeiten. Zu dem Argoviarena-Projekt möchten wir noch folgendes anmerken: Wir begrüßen grundsätzlich die Initiative und die Idee dahinter. Es ist großartig, dass die Halter AG sich das Konzept ausgedacht hat und damit auf den Stadtrat zugegangen ist. Die Idee ist verfolgenswert und vielleicht auch die beste Lösung. Aus den vorhin genannten Gründen fänden wir es jedoch vernünftiger, jetzt die Varianten B und C, also dass die Stadt selbst saniert oder neu baut, ebenfalls detaillierter anzuschauen. Wenn anschliessend die Mehrheit die PPP-Lösung bevorzugt, wäre die Extraschleife ein Investment für eine breitere Abstützung und würde möglicherweise dazu beitragen, dass es in der Umsetzung weniger Opposition gibt. Wir von der Fraktion Pro Aarau EVP/EW möchten das Projekt PPP auf keinen Fall aufgeben. Wir möchten aber auch nicht nur die aktuelle Vorgehensweise verfolgen. Wir sind auf die Voten gespannt, die folgen werden. Insbesondere auch auf jene vom Stadtrat. Denn es wurde angedeutet, dass wenn die Motion überwiesen wird, dass das PPP-Projekt gestorben ist. Es kann gut sein, dass wir heute Abend nicht einheitlich abstimmen. Aber grundsätzlich wäre das unser bevorzugtes Vorgehen.

**Thomas Richner, Mitglied:** Wir sind uns alle einig, dass Aarau eine Schachhalle braucht, die die vorhandenen alten Möglichkeiten auf ein modernes und adäquates Niveau bringt. Die Motion verlangt jetzt einen Planungskredit für die Varianten Sanierung und Neubau ohne externe Realisierungspartner. Das bedeutet im jetzigen Moment nichts anderes als den Abbruch des

Projekts Argoviarena. Wir finden es falsch, die Idee einer Public Private Partnership-Lösung einfach abubrechen. Wir müssen zuerst alle Lösungen oder alle Möglichkeiten kennen und nicht heute schon einseitig einschränken. Wir müssen wissen, was es kostet und wer es zahlt. Es ist auch allen klar, dass ein Investor jemand ist, der Geld verdient und investiert und nicht jemand, der der Stadt Geld schenkt. Wir sind aus unserer Sicht noch nicht an einem Punkt, an dem wir Entscheidungen treffen sollten, weder in die eine noch in die andere Richtung. Die Investorensubmission und der Studienauftrag sind aus unserer Sicht abzuwarten, bevor wir weitere parallele Planungen starten. Die Mehrheit der SVP-Fraktion will mehr wissen, genaues wissen und die Fakten kennen, bevor wir entscheiden, und ist deshalb gegen die Überweisung der Motion, unter der Prämisse, dass eben die PPP dann gestoppt wird. Es darf auch nicht so kommen, dass die Public Private Partnership-Lösung vorangetrieben wird und die Fakten geschaffen werden, ohne dass die involvierten Parteien zu Wort kommen. Wir haben es gehört, der Einwohnerrat soll involviert werden. Ebenfalls sollen die Ortsbürger gefragt werden, die ja dann durch die Abgabe des Baulands kräftig mitzahlen. Sie könnten solche Wohnungen auch selbst bauen. Sind sie bereit, Hand zu bieten? Dann muss auch geklärt werden, ob der Bedarf an solchen sicher teuren Wohnungen überhaupt gegeben ist und ob man die Wohnungen an diesen vorgesehenen Standorten überhaupt will. Mehr Wohnungen bedeuten mehr Infrastruktur und mehr Verkehr. Wenn man jetzt gegen die Überweisung der Motion ist, heisst es von uns aus nicht generell, dass man auch die Public Private Partnership will. Nur, dass man die Möglichkeiten weiter abklärt und die Basis für eine Entscheidung schafft.

**Stefan Zubler, Mitglied:** Bereits im März haben wir hier über ein Postulat diskutiert, welches zwischen den Zeilen einen vorzeitigen Abbruch des Projekts Argoviarena gefordert hat. Damals hat die FDP die Meinung vertreten, dass eine Public Private Partnership im Bereich Infrastruktur kein Tabu ist und dass wir aufgrund der Komplexität darüber diskutieren wollen, wenn ein konkretes Projekt auf dem Tisch liegt. Jetzt, drei Monate später, liegt leider noch kein konkretes Projekt auf dem Tisch, sondern wieder ein Vorstoss, der faktisch den Abbruch der bevorstehenden Investorensubmission zur Folge hat. Es ist legitim, wenn jemand grundsätzlich gegen ein privates Projekt mit einer Mantelnutzung ist. Ich würde mir wünschen, dass man offen dazu steht und das kommuniziert, anstatt es über Vorstösse zum Abbruch zu bringen. Aus unserer Sicht muss zuerst festgehalten werden, worüber wir hier eigentlich diskutieren. Das private Projekt sieht den Bau einer Publikumshalle mit 2000 Sitzplätzen vor. Eine solche Halle gibt es im Kanton Aargau noch nicht. Die Halle soll flexibel nutzbar sein für die Schulen, den Breitensport, den Spitzensport und insbesondere auch für den Profisport und Events. Wir sind überzeugt, dass eine Überweisung dieser Motion sowohl für das private Projekt als auch für die Forderungen der Motionärinnen und Motionäre nicht zielführend und sogar schädlich ist. Wir haben hier im Rat noch nie über einen Planungskredit beraten, der gleichzeitig eine Sanierung und einen Neubau plant. Genau das fordert die Motion. Ein solches Verfahren würde viele Doppelspurigkeiten generieren und unverhältnismässig hohe Kosten verursachen. Weiterhin müsste mindestens für die Variante Neubau, vielleicht auch für die Variante Sanierung, ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt werden. Parallel zur bevorstehenden Investorensubmission, die ebenfalls einen Wettbewerb enthält. Ein Wettbewerb ist für Architekten und Generalplaner nur interessant, wenn eine realistische Chance besteht, dass sie den Zuschlag für das Projekt erhalten. Wenn wir gleichzeitig drei Wettbewerbe für drei komplett unterschiedliche Ideen lancieren, erhöhen sich die Risiken für die Architekten und Planer erheblich, was sich negativ auf alle drei Wettbewerbe auswirken wird. Die Kosten für die Stadt Aarau würden steigen, ohne dass die Qualität der Eingaben entsprechend hoch wäre. Deshalb sollte die Motion aus unserer Sicht nicht überwiesen werden. Ohne der städtischen Immobilienabteilung zu nahe zu treten, sind wir der Meinung, dass die Stadt Aarau ein Projekt wie die Argoviarena gar nicht eigenständig realisieren könnte. Die Stadt hat Erfahrung in der Realisierung von

normalen und relativ einfachen Sporthallen, aber eine Publikumshalle ist etwas ganz anderes. Die Überweisung der Motion bedeutet daher für uns, dass keine Publikumshalle gewünscht ist, sondern lediglich ein 1:1 Ersatz der heutigen Schachenhalle. Eine Publikumshalle muss durch einen Partner realisiert werden, der Erfahrung und Referenzprojekte vorweisen kann. Die Kosten für eine städtische Publikumshalle wären deutlich höher als die heute erwarteten, 40 bis 45 Millionen Franken der Argoviarena aus privater Hand. Der HSC Suhr Aarau ist ein in Aarau stark verankerter Verein, der jedes Jahr tausende von Zuschauerinnen und Zuschauern sowie Sportlerinnen und Sportler in allen Altersstufen in seinen Bann zieht. Ich möchte darum bitten, diesen Prozess, der durch den privaten Verein angestossen worden ist, ohne Störmanöver weiterlaufen zu lassen. Wenn man gegen eine Publikumshalle oder gegen die im Raum stehende Querfinanzierung ist, kann man sich im Verlauf des demokratischen Prozesses dazu äussern und das Projekt ablehnen. Gemäss meinem Kenntnisstand werden wir sicher über die notwendige Umzonung beschliessen müssen. Die Ortsbürger werden über das Baurecht diskutieren müssen, und vielleicht kann der Stadtrat noch informieren, welche Entscheidungen sonst noch gefällt werden müssten. Dann liegt aber ein konkretes Projekt vor, bei dem man sich auch eine Meinung dazu bilden kann. Für die Erarbeitung dieses Projekts ist kein einziger Steuerfranken aufgewendet worden. Das gehört zum Planungsrisiko des designierten Investors. Wir reden von einem Gesamtprojekt von rund 200 Millionen Franken, also Planungskosten in einem höheren sechsstelligen oder sogar siebenstelligen Betrag. Das Planungsrisiko wäre noch einmal um ein Vielfaches höher, wenn der Einwohnerrat heute die Motion überweisen würde. Vermutlich so hoch, dass sich kein Investor für das Projekt interessieren würde, bevor die Stadt Aarau nicht entschieden hat, ob sie die Halle auf eigene Faust sanieren oder neu bauen will. Das Projekt Argoviarena wäre also gestorben, und die Stadt müsste sämtliche Planungskosten und Risiken selbst tragen. Wir wissen schon heute, dass wir uns eine neue, moderne Halle gar nicht leisten können. Schlussendlich würden alle verlieren: die Stadt, die Steuerzahler, aber allen voran die betroffenen Sportvereine und ihre Sportlerinnen und Sportler. Deshalb möchten wir bitten, die Motion nicht zu überweisen. Ich möchte damit nicht sagen, dass es alternativlos ist. Aus meiner Sicht ist es einfach besser, wenn man den Prozess weiterlaufen lässt. Wenn man dagegen ist, kann man sich dazu äussern, wenn es zu einer Abstimmung kommt. Ich finde das Votum von Petra Ohnsorg gut. Es sollte ein Grundsatzentscheid gefällt werden. Für den Grundsatzentscheid ist aus meiner Sicht aber jetzt kein Wettbewerb für eine Sanierung und für einen Neubau nötig. Der Grundsatzentscheid könnte zumindest in meiner Fraktion heute so lauten: Wollen wir eine Publikumshalle oder wollen wir sie nicht? Wenn wir sie nicht wollen, dann ist das Projekt Argoviarena gestorben. Wenn wir sie wollen, dann ist es aus unserer Sicht alternativlos, dass wir diesen Weg gehen. Die Stadt Aarau wird eine Publikumshalle nicht selbst projektieren können und vor allem auch nicht selbst zahlen können.

**Philippe Kühni, Mitglied:** Die Schachenhalle ist sanierungsbedürftig. Sie hat technisch gesprochen das Lebensende erreicht. Wir müssen die Halle sanieren oder einen Neubau erstellen, das ist völlig unbestritten. Wir sind offen für alternative Finanzierungsmodelle wie Public Private Partnerships (PPP). Was uns irritiert hat, ist das gewählte Vorgehen des Stadtrates. Man will auf Basis der Initiative eines Generalunternehmens direkt in einen Investorenwettbewerb oder eine Investorensubmission gehen. Das ist nicht nur submissionsrechtlich, sondern auch politisch fragwürdig. Immerhin handelt es sich um eines der grössten Investitionsprojekte der Stadt. In diesem Fall erwarten wir, dass zuerst geklärt wird, was die Politik überhaupt möchte, und zwar am besten auf einer Bedürfnisanalyse basierend und mit Optionen. Erst dann sollte man schauen, wie man das bauen könnte. Beispielsweise könnte sich die Frage nach einer PPP stellen: Ob die Stadt einen gewissen Beitrag zahlen will und dafür die Mantelnutzung redimensionieren würde. Das wäre beim vom Stadtrat vorgeschlagenen Vorgehen

nicht der Fall. Eine Investorens submission legt grundsätzlich alle Eckdaten und Rahmenbedingungen fest. So zum Beispiel die Art der Halle, die Grösse, die Anzahl Zuschauer, welches Grundstück die Stadt dafür hergibt und wieviel Wohnfläche realisiert werden darf. Entsprechend kann man dort nachher nicht mehr politischen Einfluss nehmen, sondern nur noch Ja und Amen sagen oder zu einem späteren Zeitpunkt den Übungsabbruch. Wir werden aus diesem Grund die Motion mehrheitlich unterstützen, wollen aber das nicht als Absage zu einem PPP verstanden wissen, sondern als vorgängige politische Klärung. Zu einem späteren Zeitpunkt sind wir offen, die Frage eines PPP wieder anzuschauen.

**Laszlo Etesi, Mitglied:** Ich möchte kurz auf das zurückkommen, was gesagt wurde. Für mich hat Thomas Richner gesagt, dass wir heute nicht genau wissen, wohin wir gehen und was es genau braucht. Man will nichts blockieren, es soll einfach weitergehen. Die Aufforderung von Stefan Zubler, wir sollen heute entscheiden, ob wir eine Publikumshalle möchten oder nicht, kann ich für mich heute nicht entscheiden. Wir kennen die Bedürfnisse der Stadt nicht genau. Wir wissen zwar, welche Bedürfnisse die spezifische Bedarfsgruppe hat, welche das Projekt initiiert hat. Das ist klar. Darüber hinaus kann ich es jedoch nicht beantworten. Ich finde, man muss Alternativen aufzeigen. Es ist meiner Meinung nach nicht richtig, einfach zu sagen, wir lassen das Projekt weiterlaufen. Alle investieren Zeit und Geld und in einem halben Jahr oder einem Jahr sind wir am gleichen Punkt. Ich finde, dann hat niemand etwas gewonnen, auch die Investoren nicht.

**Irene Stutz, Mitglied:** Ich möchte im Namen der SP-Fraktion wiederholen, was ich in den letzten zwei Vorstössen bereits gesagt habe. Es wird immer wieder betont, dass das Public Private Partnership-Projekt gratis sei. Das Projekt ist jedoch keineswegs kostenlos für die Stadt. Es handelt sich meiner Meinung nach um eine bewusste Falschaussage, ja sogar um eine Lüge. Denn das Konstrukt wäre für den Investor nur mit einem grossen Geschenk in der Höhe von ca. 18 Handballfeldern wirtschaftlich. Die Stadt und die Ortsbürgergemeinde sollen zwei Grundstücke zur Verfügung stellen, als hätten die Landreserven keinen Wert für zukünftige Generationen. Es ist klar, dass alle einverstanden sind, die Halle neu zu überdenken. Genau deshalb liegt unsere Motion auch vor. Laszlo Etesi hat es ebenfalls gesagt. Mit der Überweisung der Motion ist die PPP nicht vom Tisch. Es geht um den politischen Diskurs, den wir insbesondere bei einem so grossen Projekt brauchen. Die Stadt kann zudem sehr wohl sowohl günstige und bezahlbare Wohnräume als auch sinnvolle Sporträume für alle bauen. Petra Ohnsorg hat das wunderbar herausgeführt: Wir entscheiden, was in der Stadt passiert. Wir entscheiden im Einwohnerrat. Es bedingt also diesen politischen Prozess und einen politischen Entscheid, der nur dank unserer Vorstösse bisher im Einwohnerrat stattgefunden hat. Die Frage, die Stefan Zubler formuliert hat – wollen wir eine Argoviarena oder nicht –, ist bis anhin leider nicht zur Diskussion gestanden. Genau diesen Prozess wollen wir mit dieser Motion ermöglichen und damit auch eine neue Schachenhalle ermöglichen und nicht verhindern.

**Benita Leitner, Mitglied:** Ich habe nur zwei Fragen für Hanspeter Hilfiker oder wer auch immer sie beantworten kann. Können wir nach der Submission noch einmal direkt über das Projekt entscheiden oder nur noch über Umwege wie zum Beispiel den Zonenplan? Aufgrund dessen, was Thomas Richner erwähnt hat, könnte man es umgekehrt machen: Zuerst macht man die Submission und schaut dann, was die städtische Variante kosten würde. Gibt es eine Frist, innerhalb derer man sich entscheiden muss, ob man mit dem Projekt weitermacht oder nicht? Und ist es überhaupt möglich, einen Investor so lange zu behalten, bis man nach der Submission die anderen Varianten geprüft hat?

**Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident:** Das war eine lebhaft Diskussions mit vielen Fragen. Ich möchte zunächst ein bisschen zurückschauen. Die Sporthalle im Schachen wurde Anfang der 70er Jahre eröffnet und war von Beginn an als Event- und Sporthalle geplant. Zwei Jahre nach der Eröffnung kam die Rezession, was zur Folge hatte, dass weniger Projekte realisiert wurden. Das war die Situation vor mehr als 50 Jahren. Vor gut zehn Jahren haben wir genau die Fragen diskutiert, die heute gestellt wurden: Brauchen wir eine Eventhalle? Brauchen wir überhaupt eine Halle für grosse Anlässe? Der Einwohnerrat und der Stadtrat haben all diese Fragen klar bejaht. Daraufhin wurde ein Projekt entwickelt. Es wurde entschieden, eine neue Halle mit Platz für 3'000 Personen zu bauen, die den damaligen Anforderungen und Rahmenbedingungen entsprach. Wir haben uns bewusst gegen die Sanierung der bestehenden Halle entschieden. Vor zehn Jahren schätzten wir die Baukosten auf 35 Millionen Franken, was in dieser Phase für die Stadt zu viel war. Deshalb stoppten wir das Projekt und investierten stattdessen in die Instandhaltung der bestehenden Halle. In den letzten Jahren haben wir über eine Million Franken in verschiedene Renovationsmassnahmen gesteckt. Die Halle ist jedoch 50 Jahre alt und entspricht nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen. Sie hat keine Klimaanlage, die sanitären Anlagen und Raumbedingungen sind veraltet. Dennoch ist sie nach dem Gemeindepportanlagenkonzept und dem Regionalsportanlagenkonzept die wichtigste Sporthalle in der Region. Dank den Initianten des vorliegenden Projekts konnte eine Lösung gefunden werden, welche nicht weitere 10 oder 15 Jahre Renovation und Bastelei an der heutigen Halle vorsieht. Es konnte eine Lösung gefunden werden, welche den aktuellen Bedürfnissen der Sportvereine, der Schule und der Bevölkerung entspricht. Mit dem Letter of Intent wurde festgehalten, dass die bisherigen Nutzungen wie Schulnutzung, Sportnutzung und Vereinsnutzung weiterhin möglich sein müssen. Es bietet uns als Stadt die Möglichkeit, eine zeitgemässe Sport- und Eventhalle zu realisieren. Die Finanzierung ist ein zweiter wichtiger Punkt. Wir haben eine Schuldenbremse und grosse Projekte in allen Bereichen, die in den nächsten zehn Jahren realisiert werden sollen. Ein Postulat der Grünliberalen forderte den Stadtrat auf, Möglichkeiten zur Finanzierung aufzuzeigen. Das Konzept, das jetzt vorliegt, zeigt, wie man so eine Anlage finanzieren kann. Es geht nicht darum, dass die Halle gratis ist. Es geht darum, dass ein Investment vorliegen muss, um diesen Bau zu finanzieren. Theoretisch könnte die Stadt die Halle eigenhändig erstellen und dafür 50 Millionen Franken Schulden aufnehmen. Was sind jedoch die langfristigen Konsequenzen der Finanzplanung? Die Wohnungen, die als Teil des Projekts gebaut werden, bieten eine Möglichkeit, die Kosten zu senken. Der Bauherr stellt Wohnungen auf, diese werden verkauft, und ein Teil des Erlöses fliesst in die Finanzierung der Halle. Dies erspart uns explizite die Investition von Steuergeldern. Der Prozess wird transparent sein. Der Einwohnerrat wird bei den Definitionen der Rahmenbedingungen und den entsprechenden Punkten mitreden können. Wir haben immer eine Projektdelegation und eine Baudelegation, an diesen Instrumenten ändert sich nichts. Der Einwohnerrat kann auch entscheiden, wie viel er selbst zahlen möchte. Bei der Investorens submission geht es nicht um ein konkretes Projekt, sondern um wichtige Rahmenbedingungen. Es geht darum, einen möglichen Partner als Investor zu finden, der die Wohnungen und die Halle aufstellen könnte. Dies könnte Halter, Mobimo oder HRS sein, aber auch andere Investoren. Der Einwohnerrat wird in den qualitätssichernden Verfahren eingebunden. Es gibt einen Wettbewerb, und dann kommt das Projekt, das vorgestellt werden kann. Vielleicht kommt ein Investor und sagt, wir bringen gar nicht so viele Wohnungen hinein, was zu einer Finanzierungslücke führen könnte. Diese muss dann im Einwohnerrat diskutiert und entschieden werden und in Abhängigkeit der Höhe auch einen Volksentscheid nach sich ziehen. Es handelt sich jedoch nicht um ein superschnelles Projekt. Der Prozess wird mindestens 8 bis 10 Jahre dauern. Es braucht Umzonungen, Entscheidungen von allen Gremien und möglicherweise gibt es Einwendungen. Das Ziel ist es, eine optimale sportliche Eventhallen-Infrastruktur zu schaffen. Eine parallele Ausarbeitung macht keinen Sinn. Es muss sichergestellt werden, dass ein solches Projekt gelingt. Dafür ist eine Etappierung

wichtig. Also zuerst die Investorensubmission und danach ein qualitätssicherndes Verfahren. Wenn die Motion überwiesen wird, müssen wir die Investorensubmission stoppen und zuerst das Geforderte ausarbeiten. Dann werden wir zuerst einen Planungskredit einfordern und die entsprechenden Planungen vorlegen. Das wird sicher ein paar Monate dauern, bis wir das dem Einwohnerrat vorlegen können. Danach wird es je nach Entscheidung weitergehen. Die finanziellen Möglichkeiten der Stadt sind begrenzt. Wir haben zuerst die entsprechenden Schulräume und diverse Projekte im Bereich des Sports zu realisieren. Eine neue Eventsporthalle steht nicht an oberster Stelle im Investitionsplan. Deshalb sind wir vom Stadtrat zur Überzeugung gekommen, dass eine Überweisung dieser Motion nicht in unserem Sinn ist. Nach der Investorensubmission können wir mit dem Einwohnerrat und der Bevölkerung die entsprechenden weiteren Schritte definieren.

**Fabio Mazzara, Mitglied:** Ich stelle einen Ordensantrag. Wir möchten uns in unserer Fraktion noch beraten und würden gerne eine kurze Pause von zehn Minuten einlegen.

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Dem Ordnungsantrag von Fabio Mazzara wird stattgegeben.

**Philippe Kühni, Mitglied:** Bei der Diskussion, die wir geführt haben, ist sehr deutlich geworden, dass die Politik vor der Investorensubmission eingebunden werden sollte. So können weitere Aspekte beleuchtet werden. Als Vertreter der Bevölkerung können wir dann mit gutem Gewissen sagen: Ja, das ist die Richtung, in die wir gehen möchten und in der wir das Stadion und die Arena haben wollen. Mit dem eigentlichen Wortlaut der Motion waren alle mehr oder weniger zufrieden. Daher meine Frage an den Stadtrat: Wäre der Stadtrat bereit, den Einwohnerrat und die politischen Akteure vor der Investorensubmission noch vermehrt einzubinden? Dies könnte in Form einer Begleitgruppe geschehen. Es gibt auch viele Planungsinstrumente, die niederschwellig und mit wenig Aufwand umgesetzt werden können und sich nicht ewig hinziehen. Ich glaube, das bildet das meiste, was hier gesagt wurde, relativ gut ab.

**Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident:** Ja, das können wir auf jeden Fall machen. Wir haben mit den Vorarbeiten begonnen. Es geht nun darum, diese Arbeiten weiterzuführen. Dabei können auch die Mitglieder des Einwohnerrats in den Prozess einbezogen werden. Nach der Investorensubmission, wenn die Ergebnisse vorliegen, und danach beim Wettbewerb für die entsprechenden Projekte soll der Einwohnerrat einbezogen werden.

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

### **Abstimmung**

*Der Einwohnerrat fass mit 24 gegen 21 Stimmen folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion «Motion Schachenhalle jetzt! Für eine vernünftige Sportinfrastruktur für Schule und Vereine» wird überwiesen.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

## Traktandum 6

**Postulat Fabio Mazzara (Pro Aarau), Monika Suter (Grüne), Irene Stutz (SP), Peter Jann (GLP), Urs Winzenried (SVP): Feuerwerksverbot**

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Am 20. Februar 2025 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Fabio Mazzara (Pro Aarau), Monika Suter (Grüne), Irene Stutz (SP), Peter Jan (GLP) und Urs Winzenried (SVP) das Postulat «Feuerwerksverbot» eingereicht mit folgendem

**Antrag**

*Das Postulat beauftragt den Stadtrat, das Abbrennen von Feuerwerk in Aarau zu verbieten. Vom Verbot ausgenommen sind Produkte mit geringfügigen Emissionen wie Wunderkerzen, bengalische Feuer, Tischfeuerwerke, römische Lichter, Vulkane und dergleichen. Für Anlässe von grosser Bedeutung (z. B. Bachfischet, Grossanlässe) kann der Stadtrat Ausnahmegewilligungen vom Feuerwerksverbot erteilen.*

Mit Botschaft vom 26. Mai 2025 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung und unterbreitet folgenden

**Antrag**

*Das Postulat «Feuerwerksverbot» wird nicht überwiesen.*

**Fabio Mazzara, Mitglied:** Es gibt viele Gründe, auf Feuerwerk zu verzichten. Ich glaube, das wissen alle hier im Raum, auch die Personen, die sich kein Verbot wünschen. Zur Erinnerung möchte ich gerne ein paar nennen. Erstens ist Feuerwerk eine unnötige Belastung der Umwelt durch Feinstaub und Feuerwerksabfall, der teilweise unkontrolliert in der Natur landet. Zweitens reagieren Wild- und Haustiere wegen Lärm verängstigt oder panisch. Leider gibt es viele dokumentierte Fälle, bei denen eine grosse Anzahl an Vögeln wegen Feuerwerk gestorben sind. Drittens gibt es immer wieder Unfälle, bei denen Personen oder Gebäude zu Schaden kommen. Viertens sind laute Feuerwerke für Mitmenschen ein Ärgernis oder sogar eine Belastung. Und fünftens wird Feuerwerk leider immer wieder nicht zur eigenen Freude, sondern bewusst zum Ärger anderer missbraucht. Es ist uns auch klar, dass es Personen und insbesondere Kinder und Jugendliche gibt, die Freude am Abbrennen von Feuerwerk haben. Wir wollen keine Spass-Verhinderer sein, im Gegenteil. Das Postulat zum Feuerwerksverbot ist kein Angriff auf die Lebensfreude, sondern ein Plädoyer für Rücksicht, Nachhaltigkeit und ein zeitgemässes Gemeinschaftsverständnis. Es erlaubt auch Ausnahmen für besondere Anlässe und ist eine vernünftige Lösung. Der Stadtrat findet, dass sich das Verbot nur in Aarau und ohne die anderen Vertragsgemeinden der Polizeiverordnung schlecht umsetzen lässt und dass es in der Bevölkerung eher zu Verwirrung oder Missverständnissen führen könnte. Diese Argumentation finden wir wenig überzeugend. Selbst wenn ich an der Gemeindegrenze wohne, ist es nicht so kompliziert zu verstehen, dass ich andere Regeln zu befolgen habe, als mein Nachbar auf der anderen Seite der Grenze. Ich habe zum Beispiel einen anderen Steuerfuss und andere Abfallsäcke. Das zu begreifen, schafft man ohne kognitive Höchstleistung. Und bezüglich der Umsetzung durch die Polizei kann es an der Gemeindegrenze zu kniffligen Fällen kommen. Wir empfehlen daher, nicht zu detektivisch zu sein. In der Stadt Baden und in vielen anderen Gemeinden schafft es die Polizei auch, ein Feuerwerksverbot umzusetzen, ohne ihre Nachbargemeinden einzubeziehen. Daher sollten wir selbstbewusst sein, dass auch

wir das schaffen könnten. Deshalb plädieren wir dafür, dass wir als Stadt Aarau mutig vorangehen, mit Vorbildfunktion handeln und Verantwortung übernehmen.

**Fabio Mazzara, Mitglied:** Gerne würde ich auch noch für die Fraktion sprechen. In unserer Fraktion, Pro Aarau und EVP/EW, sind die Meinungen geteilt. Die Pro-Argumente habe ich eben erwähnt. Diejenigen, die das Postulat nicht unterstützen, sind der Meinung, dass das Abbrennen von Feuerwerk am 1. August und an Silvester eine Tradition ist, die man entweder immer noch gerne zelebriert oder sich mit Freude an die Kindheit zurückerinnert. Man will der heutigen Jugend die Freude nicht verbieten.

**Urs Winzenried, Mitglied:** Ceterum censeo oder auf gut Deutsch "nerven, bis sich etwas ändert" Hoffentlich heute zum letzten Mal. Ich stehe hier nicht als Referent der SVP-Fraktion, sondern als Mitpostulant, als Einwohner von Aarau, der direkt betroffen ist von Feuerwerk. Seit dem Jahr 2022 hat der Stadtrat vier Anfragen von mir in Sachen Verbot von privatem Feuerwerk oder zumindest Einschränkung von privatem Feuerwerk immer gleich beantwortet: Das private Feuerwerk ist in Aarau kein Problem, wir haben keine Reklamationen deswegen, es besteht kein Handlungsbedarf. Der Stadtrat hat in allen Antworten die vorhandenen Probleme bagatellisiert, verharmlost und beschönigt. Der Stadtrat erachtet bis heute die rechtlichen Bestimmungen als ausreichend, eine Verschärfung als nicht zielführend und auch aus personellen Überlegungen als nicht verhältnismässig. Der Stadtrat verschliesst bisher standhaft seine Augen vor den massiven negativen Auswirkungen von privatem Feuerwerk für Mensch, Tier und Umwelt. Ich verzichte darauf, Mantra mässig detailliert alles zu wiederholen, was ich in diesen vier Anfragen bereits an Fragen gestellt habe. Nur so viel: Das Abbrennen von privatem Feuerwerk, insbesondere Böller und Knallkörper, hat nichts mehr mit Feierlichkeiten und Festfreude zu tun, sondern vielmehr mit Rücksichtslosigkeit, zum Teil Böswilligkeit und Schikane. 4 bis 5 Tage Lärm, Stress, Ärger, Panik, Dreck vor und nach dem 1. August. 4 bis 5 Tage Lärm, Stress, Ärger, Dreck nach dem Jahreswechsel – das ist heute auch eine Tatsache in Aarau. Dieser unhaltbare, missbräuchliche Zustand muss durch ein Feuerwerksverbot endlich gestoppt werden, und zwar subito. Vom Verbot ausgenommen sind Produkte mit geringfügiger Emission. Denken wir daran: Die Freiheit des Einzelnen ist nicht grenzenlos, sondern sie endet dort, wo die Freiheit anderer Menschen übermässig beeinträchtigt und beschränkt wird. Bis heute habe ich mich gefühlt wie Don Quijote mit seinem leidenschaftlichen Kampf gegen Windmühlen. Wir kennen Don Quijote aus dem Roman von Miguel de Cervantes. Für das jetzt vorliegende Postulat haben sich zum Glück und erfreulicherweise eine Reihe von Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Einwohnerrat gefunden. Und das aus nicht weniger als fünf Fraktionen. Gemeinsam statt einsam. Das ist für mich ein Lichtblick. Ich weiss, dass die Haltungen innerhalb der Fraktionen kontrovers sind. Ich weiss aber auch, dass die Zahl der Feuerwerksgegner zunehmend grösser wird. Nicht nur hier im Rat, sondern insbesondere auch in der Aarauer Bevölkerung. Auch in Aarau findet langsam, aber stetig ein Umdenken statt. Der Lärm, der Stress, das Littering, die Umwelt, das Klima: Das sind nur einige kritische Stichworte, die man mehr und mehr auch von Aarauerinnen und Aarauern hört. Speziell muss auch die unbestreitbare negative Klimarelevanz von Feuerwerk erwähnt werden. Von einer Stadt wie Aarau, die sonst so sehr klimafreundlich ist. Also Grund genug, dass wir das Postulat überweisen. Diesen Appell richte ich insbesondere an meine Kolleginnen und Kollegen von der grünen und von der linken Seite. Zunehmend mehr Gemeinden haben die Zeichen der Zeit erkannt und Feuerwerksverbote erlassen. Ich zähle sie nicht alle auf. Nur ein Beispiel möchte ich nennen, nämlich das jüngste: Baden. Was Baden kann, kann doch Aarau schon lange. Weitere Gemeinden werden mit Garantie dem Aufruf nach Verbot folgen. Das Resultat über die künftige Abstimmung der Feuerwerksinitiative können und wollen wir nicht abwarten. Das geht

viel, viel zu lange. Die Zeit für ein Verbot von Feuerwerk in Aarau ist jetzt. Ich muntere alle meine Kolleginnen und Kollegen von allen Fraktionen dazu auf, das Postulat im Namen vieler Aarauerinnen und Aarauer zum Schutz von Tier und Umwelt zu überweisen.

**Monika Suter:** Wir haben es bereits gehört: Feuerwerk ist verbunden mit Kindheitserinnerungen und Traditionen. Diskussionen rund um das Thema Feuerwerksverbot werden daher schnell emotional. Ich möchte im Folgenden einige sachliche Zahlen und Daten aufzeigen, die aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GFS stammen, durchgeführt im Herbst 2024. Diejenigen, die online sind, können dies unter GFS und Feuerwerk nachlesen, um zu kontrollieren, ob ich nicht nur die Zahlen herauspicke, die meiner Meinung nach zuträglich sind. Die Umfrage wurde bei etwa 1000 Personen durchgeführt und zeigt einige interessante Ergebnisse. Nur etwa 28 % der Befragten kaufen selbst Feuerwerke, und von diesen kauft nur ein Viertel lautes und knallendes Feuerwerk. Das bedeutet, dass ein Verbot des laut knallenden Feuerwerks nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung betreffen würde. Genau dieser kleine Teil wird jedoch mit seiner Freiheit einen grossen negativen Effekt auf die Mitmenschen, Tiere und Umwelt ausüben. Laut dieser Umfrage sehen 72% der Befragten dies genauso wie ich es erläutert habe. Interessant ist auch, dass zwar wenig Leute Feuerwerke kaufen, aber sehr viele Freude daran haben. Etwa 70 % der Befragten sagen, dass sie sich Feuerwerk gerne anschauen. Gleich viele Prozent finden jedoch auch, dass es reicht, wenn das an offiziellen Anlässen von der Gemeinde organisiert wird und nicht jeder Privathaushalt Feuerwerk abbrennen muss. Ebenfalls etwa 70 % sehen Feuerwerke als traditionelle Bestandteile des 1. Augusts und Silvesters. Dennoch sind 63 % dafür, dass man diese heute durch Alternativen wie Laser- oder Drohnenshows ersetzen könnte. Angesichts dieser Zahlen finde ich die Begründung des Stadtrats zur Ablehnung des Postulats mager. Es sei bekannt, dass es unterschiedliche Ansichten gibt und ein Teil der Bevölkerung Freude daran hat. Auch das Aufzählen der Umsetzungsprobleme durch den Stadtrat finde ich recht einfach. Eine hundertprozentige Kontrolle eines Verbots kann man nie gewährleisten, aber daraus abzuleiten, gar kein Verbot zu erlassen, ist eine falsche Schlussfolgerung. In anderen Gemeinden funktioniert es so, und es ist nicht ersichtlich, warum es hier nicht auch gehen sollte. Zum Schluss möchte ich noch emotional werden. Ich bin wirklich ein bisschen enttäuscht von der Antwort des Stadtrats. Der Stadtrat hat Mühe mit einem totalen Verbot, das kann ich nachvollziehen, aber er weigert sich offensichtlich seit langem, sich dem Thema überhaupt anzunehmen. Im Rahmen der Beantwortung des Postulats hätten wir mindestens gewisse Überlegungen oder Hinweise erwartet, dass er sich das überlegt und zum Beispiel aktive Sensibilisierungsmassnahmen macht, Anreizmassnahmen überlegt oder vielleicht ein Teilverbot oder irgendein Pilotprojekt mit alternativen Feuerwerken prüft. Ich fände es auch geschickter, wenn man das Postulat jetzt annehmen würde. Die Initiative auf Bundesebene ist in Diskussion, evtl. gibt es noch einen Gegenvorschlag. Es kann sein, dass sie bereits nächstes Jahr zur Abstimmung kommt. Man könnte sehr gut das Postulat jetzt überweisen und nachher schauen, ob sich das mit der Bundesabstimmung erledigt oder ob die Diskussion um die Initiative auf Bundesebene zeigt, dass tatsächlich auch Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene besteht. Deshalb werden wir Grünen das Postulat überweisen. Ich bitte euch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dem Stadtrat ebenfalls nicht zu folgen und das Postulat zu überweisen.

**Peter Jann, Mitglied:** Das Postulat zum Feuerwerksverbot mag einen knalligen Titel haben, aber im Vergleich zu anderen Themen, die wir in diesem Rat besprechen, ist es nicht der Riesenknaller. Dennoch sind es oft die kleinen Sorgen und Probleme, die einem das Leben schwer machen und die uns beschäftigen. Ein Feuerwerksverbot klingt nach einem Frontalangriff auf Tradition und Freiheit und widerspricht eigentlich auch der liberalen Grundhaltung der GLP

und der Mitte-Fraktion. Doch was sich in den letzten Jahren rund um den 1. August und Silvester abgespielt hat, ist kein Ausdruck von Freude mehr, sondern vielmehr eine gewisse Masslosigkeit. Wir sind mehr Leute, diese besitzen mehr Geld und der persönliche Spass wird in den Vordergrund gestellt. Zur Tradition: Der 1. August ist tatsächlich ein Tag, an dem wir schon immer Raketen losgelassen haben. Auch ich habe als Kind Freude daran gehabt, konnte mir aber nur die ganz kleinen leisten. An Silvester habe ich andere Erinnerungen. Dort erinnere ich mich mehr an das Glockengeläut, wo man das alte Jahr mit Stil und Würde aus- und das neue Jahr eingeläutet hat. Heute gibt es Knallerei über Tage hinweg bis tief in die Nacht. Die Glocke hört man nicht mehr und für viele Menschen, Haustiere und Tiere in der Natur bedeutet dies Stress, Angst und Flucht. Nicht zu vergessen sind Personen, die von Kriegen geflüchtet sind und traumatische Erlebnisse hatten. Wir reisen regelmässig am 1. August nach Süddeutschland. Eine frühzeitige Buchung ist empfohlen, denn die Hotels sind sehr gut besetzt, vor allem mit Menschen aus der Schweiz. Die Fakten sind eindeutig. Monika Sutter hat es vorhin schon angetönt mit den Zahlen und Fakten aus der repräsentativen Umfrage des GFS Bern. Knapp 70 % der Schweizerinnen und Schweizer würden das Verbot von lautem Feuerwerk befürworten. Ich denke, auch in Aarau wäre die Zeit reif, diesen Weg zu gehen. Laut Tierschutz sterben jedes Jahr tausende von Vögeln aufgrund des Feuerwerkslärms. Vor allem im Winter ist das dramatisch, da die Vögel Energie sparen müssen. Wenn sie dann auffliegen müssen und Angst haben, verlieren sie diese Energie und viele sterben. Der Abfall und der Feinstaub sind auch schon angetönt worden. Was hat der Stadtrat bis jetzt gemacht? Leider wenig. Trotz mehrfacher Gelegenheiten auf Anfragen von Urs Winzenried hätte der Stadtrat eigentlich schon früher kreative und unterschwellige Massnahmen zur Sensibilisierung prüfen und vorschlagen können. Er hätte zum Beispiel der Bevölkerung vorschlagen können, nur die Hälfte abzufeuern oder für den Jahreswechsel ein 10-minütiges, knallfreies Zeitfenster zugunsten des Glockengeläuts empfehlen können. All das wäre ohne Verbot möglich gewesen und vielleicht hätte man tatsächlich die einen oder anderen dazu bringen können, nicht so viel Feuerwerk abzulassen. Jetzt versteckt sich der Stadtrat hinter Umsetzungsproblemen und den Nachbargemeinden. Sicher, es wird am Anfang nicht ganz einfach sein. Aber andere Städte wie Baden bringen es auch hin. Wieso nicht Aarau als Vorbild? Ein Teil unserer Fraktion wird dem Postulat zustimmen. Nicht weil wir gegen die Freiheit sind, sondern weil wir einen verantwortungsvollen und massvollen Umgang mit Feuerwerkskörpern wollen, an dem alle zusammen Freude haben können.

**Irene Stutz, Mitglied:** Ich bin diesmal ausnahmsweise der gleichen Meinung wie Urs Winzenried. Die vier Anfragen sind hoffentlich mit unserem gemeinsamen Postulat beendet. Die durch die Anfragen entstandenen Kosten haben vielleicht ein grosses Feuerwerk ermöglicht, wer weiss. Ich verantworte das Postulat nicht deshalb, sondern weil ich wirklich möchte, dass das Feuerwerk in der Stadt Aarau verboten wird. Jetzt und unabhängig vom Entscheid auf Bundesebene. Herzlichen Dank für den Hinweis auf die GFS-Studie. Wir von der SP-Fraktion sind uns einig. Feuerwerk ist eine unnötige Belastung für Umwelt und Natur und es entstehen unnötige Lärmemissionen mit Abfallnebenwirkungen für Mensch und Tier. Alle Vorteile wurden bereits erwähnt und auch das Thema Vollzug wurde bereits angesprochen. Deshalb mache ich es kurz: Wir überweisen den Vorstoss einstimmig und freuen uns, wenn Aarau hier ein Vorbild wird.

**Regina Tschopp, Mitglied:** Es wurde bereits viel gesagt und ich werde zum Teil das Gleiche nochmals wiederholen. Feuerwerk gehört für viele Menschen zu Festen dazu, sei es zum Nationalfeiertag oder zu Silvester. Es ist eine Tradition, so wie der 1. Augustbrunch oder auch Lampions. Die Diskussion über ein Verbot zeigt jedoch, dass es nicht einfach mit dem

Feuerwerk ist. Auch in unserer Fraktion sind die Meinungen nicht einheitlich. Die FDP steht grundsätzlich für eine Gesellschaft, bei der Eigenverantwortung im Zentrum steht und nicht Verbote. Wir sind überzeugt, dass Freiheit und Verantwortung untrennbar zusammengehören. Das bedeutet, Menschen sollen feiern dürfen, aber mit Rücksicht. Behörden sollen lenken und nicht verbieten, wo es nicht zwingend nötig ist. Ein kommunales Feuerwerksverbot, wie im Postulat gefordert, schiesst aus unserer Sicht über das Ziel hinaus. Die Mehrheit der FDP ist der Meinung, dass es nicht verhältnismässig ist, flächendeckend allen das Abbrennen von Feuerwerk zu verbieten, nur weil sich einzelne Personen durch Lärm oder das Zurücklassen von Abfall verantwortungslos verhalten. Probleme sehen wir auch bei der Durchsetzung eines Verbots. In der Realität wird das vermutlich kaum möglich sein. Das Siedlungsgebiet ist so dicht und die umliegenden Gemeinden sind mit Aarau zusammengewachsen. Es wird kaum möglich sein, zu eruieren, ob das Feuerwerk auf Aarauer Gemeindegebiet oder doch in Buchs oder Suhr abgefeuert wurde. Wenn man ein Verbot nicht durchsetzen kann, dann macht es auch keinen Sinn, eines zu erlassen. Gleichzeitig nehmen wir die Bedenken ernst, die viele Menschen wegen der Belastung, vor allem wegen der Tiere und wegen der Umwelt, geäußert haben. Auch in unserer Fraktion gibt es Stimmen, die ein solches Verbot deshalb befürworten. Leider muss man auch immer wieder feststellen, dass die Eigenverantwortung beim Abfeuern von Feuerwerken mangelhaft ist. Die Auswirkungen sind deshalb erheblich, weil immer wieder andere Personen gefährdet werden und ganz ehrlich, ich habe noch kaum jemanden gesehen, der nach dem Feuerwerk den Abfall zusammengelesen hat. Das überlässt man gerne anderen. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat mehrheitlich ab, spricht sich aber nicht geschlossen dagegen aus. Denn die Debatte ist nicht ideologisch, sondern hauptsächlich eine Frage des verantwortungsvollen Umgangs mit der Freiheit.

**Christoph Müller, Mitglied:** Die Mehrheit der SVP-Fraktion ist sehr zufrieden mit der Botschaft des Stadtrats. Wir haben diesen Ausführungen eigentlich nichts hinzuzufügen. Es gibt jedoch eine Minderheit, die diese Sache komplett anders sieht. Wir haben das Gefühl, es wäre sinnvoll, auf den Ausgang der Feuerwerksinitiative auf nationaler Ebene zu warten und dass Aarau keinen Sonderzug geht. Wir halten das Verbot für überflüssig. Die Mehrheit der SVP-Fraktion wird den Antrag des Stadtrates unterstützen und das Postulat nicht überweisen.

**Silvia Dell'Aquila, Stadträtin:** Ich möchte noch einige Bemerkungen hinzufügen. Es ist klar, dass wir die Problematik verstehen. Es gibt aber auch Punkte, die beachtet werden müssen. Die Initiative auf Bundesebene ist bereits in vollem Gang. Der indirekte Gegenvorschlag der nationalrätlichen Kommission wurde von der ständerätlichen Kommission am 8. April 2025 gutgeheissen. Daraufhin ging sie zur Ausarbeitung zurück, kommt anschliessend ins Parlament und wahrscheinlich nächstes Jahr schliesslich zur Abstimmung. Es macht daher Sinn, diese Abstimmung abzuwarten, da es sich um eine ganzheitliche Lösung für die Schweiz handeln würde. Eine echte Problematik stellen die dicht beieinanderliegenden Nachbargemeinden dar. Einige dieser Gemeinden unterstehen unserer Polizeiverordnung und müssten mit ins Boot geholt werden. Andere Gemeinden haben jedoch eine andere Polizeiverordnung und Organisation. Baden als Vorbild zu nehmen, finde ich schwierig. Es wurde entschieden, dass dort ein Verbot gilt. Dieses kam bin anhin jedoch noch nie zur Geltung. Im Sommer wird sich zeigen, wie dieses Verbot funktioniert. Es handelt sich um einen Flickenteppich. Drei der neun Gemeinden haben sich dem Verbot angeschlossen. In den anderen sechs Gemeinden führt es zu Missverständnissen, Angst und Petitionen. Durch diesen Entscheid ist Chaos ausgebrochen. Deshalb ist Baden für uns im Moment kein Vorbild. Wir wissen nicht, wie das Verbot dort wirklich durchgesetzt wird. Deshalb bitte ich euch, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und das Postulat nicht zu überweisen.

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

**Abstimmung**

*Der Einwohnerrat fass mit 30 gegen 16 Stimmen folgenden*

**Beschluss**

*Das Postulat «Feuerwerksverbot» wird überwiesen.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

## Traktandum 7

**Motion Fraktionen Grüne, GLP/Mitte, SP, Pro Aarau und Johanna Dietiker, EVP/EW: Wie weiter mit der Kreisschule Aarau – Buchs**

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Am 21. März 2025 haben die Fraktionen Grüne, GLP/Mitte, SP, Pro Aarau und Johanna Dietiker (EVP/EW) die Motion «Wie weiter mit der Kreisschule Aarau-Buchs» eingereicht mit folgendem

**Antrag**

*Der Stadtrat prüft mögliche Szenarien für einen Austritt oder eine Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB) und unterbreitet dem Einwohnerrat ein entsprechendes Geschäft. Das Geschäft soll einen Antrag für oder gegen einen Austritt bzw. eine Auflösung der KSAB enthalten*

Mit Botschaft vom 12. Mai 2025 nimmt der Stadtrat zu dieser Motion schriftlich Stellung und unterbreitet folgenden

**Antrag**

*Die Motion «Wie weiter mit der Kreisschule Aarau-Buchs» wird überwiesen.*

**Susanne Klaus Günthart, Mitglied:** Wir sind erleichtert, dass der Stadtrat bereit ist, sich der Frage zu stellen, wie es mit der Kreisschule weitergehen soll. Wir bitten den Stadtrat, diesen Prozess sorgfältig und breit abgestützt zu gestalten und Antworten einzuholen. Wir haben im Kreisschulrat oft betont, dass es der Kreisschule gelingen muss, alle Akteurinnen und Akteure abzuholen und ein positives Wir-Gefühl gegenüber der Schule entstehen zu lassen. Daher finden wir es wichtig, dass bei der Frage rund um die Kreisschule auch die Standortleiter, die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern zu Wort kommen. Sollte sich abzeichnen, dass die Menschen in Aarau nicht mehr hinter dem Schulverband stehen, dann ist die Kreisschule möglichst schnell aufzulösen. Sollten sich die Akteure entscheiden, allen Schwierigkeiten zu trotzen und sich hinter die Kreisschule zu stellen, dann ist es an der Zeit, für unsere Schule zu kämpfen und Lösungen für die bestehenden Probleme zu suchen und diese umzusetzen. Klar ist, es braucht ein Bekenntnis für oder gegen die Kreisschule. Diese Frage muss sich dringend auch die Gemeinde Buchs stellen. Ich möchte jetzt noch einige Worte im Namen der Fraktion der Grünen sagen. Die Grünen finden es wichtig, dass sich der Stadtrat mit der KSAB auseinandersetzt und eine Entscheidung fällt. Wenn diese Frage geklärt ist und die Entscheidung positiv zuhanden der Kreisschule ausfällt, ist es an der Zeit, konstruktiv hinter der Kreisschule zu stehen und auch so konstruktiv in die Zukunft zu gehen. Ganz ehrlich verstehen wir nicht, was das Ziel der Bürgerlichen in den letzten Jahren gewesen ist, in denen sie jede Gelegenheit genutzt haben, die KSAB öffentlich zu verunglimpfen. Sie haben damit dem Ruf der Kreisschule nachhaltig geschadet. Schlagwörter wie „Kreisschule ist arrogant“, „Arbeitsverweigerung“, „konzeptlos“, „keine qualitativ hochwertige Schule“, „Kreisschule Aarau-Buchs. Nordkorea in Aarau“ prägen ihr Bild und haften an einer Schule. Es braucht viel Arbeit, dass eine Schule ein solches negatives Bild wieder los wird. Wäre es nicht ehrlicher gewesen, die Auflösung der Kreisschule auf dem politischen Weg zu fordern? Jetzt wird der Frage „Kreisschule ja oder nein“ nachgegangen, dank den Linksparteien. Es geht um eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Kreisschule zum Wohl aller Beteiligten für eine

gute Schule, über die auch positiv berichtet wird. Zum Schluss möchten wir uns an dieser Stelle beim Kreisschulvorstand bedanken. Trotz aller Widrigkeiten setzen sie sich nach wie vor mit Herzblut für unsere Schule ein. Ich konnte mit den Mitgliedern des Schulvorstands in meiner Zeit als Kreisschulrätin immer sehr konstruktiv zusammenarbeiten. Sie waren immer gesprächsbereit und kritikfähig. Sie haben uns immer den Dialog angeboten und waren echt an unseren Ideen interessiert. Wir danken dem Stadtrat für die Entgegennahme der Motion. Die Grünen werden diese einstimmig annehmen.

**Cornelia Tschopp Depta, Mitglied:** Die Fraktion GLP/Mitte dankt dem Stadtrat für die Prüfung und die konstruktive Haltung zu dieser Motion. Wir freuen uns, dass der Stadtrat die Anliegen der Motion aufgenommen hat und auch die Herausforderungen der Kreisschule teilt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die KSAB in ihrer jetzigen Form mit erheblichen strukturellen, führungstechnischen Problemen sowie finanziellen Unsicherheiten, wachsenden Schülerzahlen und Anforderungen an die Integration zu kämpfen hat. Die Führungsstruktur der KSAB bietet nicht die nötige Stabilität und Klarheit. Wiederholte personelle Ausfälle, hohe Fluktuationen und krankheitsbedingte Absenzen haben zu Unsicherheiten im Schulalltag sowie erheblichen Mehrkosten geführt. Die Schulleitung war zeitweise minimal besetzt, Stellen wurden zum Teil nicht ausgeschrieben und die verbleibenden Führungspersonen mussten grosse Mehrbelastungen tragen. Auch Kontrollstellen und externe Berater haben Handlungsbedarf festgestellt. Es gab Kritik an den internen Organisationen, Entscheidungsprozessen und der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, beispielsweise im Beschaffungswesen. Diese Situation erschwert die Weiterentwicklung dieser Schule. Im Hinblick auf die anstehende Diskussion über eine mögliche Fusion mit Unterentfelden und somit mit einer weiteren Kreisschule sehen wir Chancen, aber auch Herausforderungen. Es soll von Anfang an eine gesamte Lösung für die Aarauer Schule im Zentrum stehen. Strukturen sollen vereinfacht werden, Bürokratien abgebaut werden. Konkret erwarten wir, dass eine Schule Aarau entsteht. Im Idealfall kann auf die Kreisschulen verzichtet werden. Aus Sicht der Fraktion GLP/Mitte steht immer das Wohl der Schülerinnen und Schüler, der Schule und der Lehrerschaft im Zentrum. Wir sind überzeugt, dass die Qualität der Bildung sowie die Stabilität der Struktur entscheidend ist. Die Fraktion GLP/Mitte ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv für eine tragfähige, zukunftsorientierte Struktur einzusetzen. Sei es mit einer Reform innerhalb der KSAB oder durch eine geordnete Auflösung zugunsten einer besseren Lösung. Wir erwarten dabei, dass insbesondere die Qualität der Schule, das Bedürfnis der Lehrpersonen sowie die Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler im Zentrum stehen. Deshalb unterstützen wir die Überweisung der Motion, welche die GLP/Mitte-Fraktion auch mitinitiiert hat. Gemeinsam mit dem Stadtrat und den beteiligten Gemeinden wollen wir die bestmögliche Lösung für die Zukunft erarbeiten.

**Simon Burger, Mitglied:** Die SVP-Fraktion ist froh, dass heute breiter Konsens darüber besteht, dass wir ein Problem mit der Kreisschule haben. Viel zu lange ist die Politik untätig geblieben; alle haben zwar über das Problem gesprochen, aber wirklich etwas gemacht hat niemand. In den Fachkreisen hat sich längst herumgesprochen, dass die KSAB ein Sanierungsfall ist. Die SVP hat bereits im September 2021 ein Postulat eingereicht und versucht, die Probleme in der Kreisschule zu analysieren und die nötigen Korrekturschritte anzuregen. Damals hat sich der Stadtrat als nicht zuständig erachtet, das Postulat wurde nicht überwiesen. Die SVP ist froh, dass der Stadtrat seine ursprüngliche Arbeitsverweigerung jetzt aufgibt und nun vertiefte Abklärungen tätigen will. Hätte der Stadtrat das damalige Postulat nicht drei Jahre lang schubladisiert und der Einwohnerrat das Ganze abgeschrieben, wären wir heute an einem anderen Ort. Das wäre zum Wohl unserer Kinder gewesen. Wir hätten eine saubere Analyse und

eine Entscheidungsgrundlage. Schade ist, dass der Stadtrat damals kein Gehör dafür hatte sich diesem Problem anzunehmen. Die SVP-Fraktion begrüsst, dass die längst fälligen Abklärungen jetzt endlich getätigt werden sollen. Die Ausführungen der Motionäre in ihrer Motion teilen wir indessen nicht oder nicht vollständig. Es ist zu lesen, dass die Buchser die dringend notwendige inhaltliche Entwicklung der Schule nicht vorantreiben wollen. Übersetzt heisst das, die Buchser sind nicht bereit, den Aarauer Goldstandard mitzutragen. Offenbar schwebt den Motionären eine neue Schule nach dem Aarauer Goldstandard vor. Hauptsache teuer, Geld hat man. Offenbar geht man davon aus, dass das Wohl der Kinder direkt proportional vom investierten Geld abhängt. Teurer ist besser. Dem ist nicht so. Die SVP ist der Meinung, dass die Lehrerinnen und Lehrer einen ausgezeichneten Job leisten. Die Probleme liegen in der Leitung der Schule und nicht bei der Basis. Für die SVP-Fraktion ist auch nicht in den Stein gemeisselt, dass nur eine Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs zielführend ist. Und da erstaunt mich die etwas eindimensionale Sichtweise, dass es nur eine Auflösung oder keine Auflösung gibt. Wir könnten uns tiefgreifende strukturelle Reformen, insbesondere beim Schulvorstand, gut vorstellen. Bei der Abschaffung des Kreisschulrats haben wir eher Vorbehalte. Die Probleme werden nicht gelöst, indem man das Aufsichtsorgan abschafft. Allerfalls könnten wir uns das vorstellen, wenn der Schulvorstand ausschliesslich aus Gemeinde- und Stadträten der Vertragsparteien bestehen würde und die Oberaufsicht wieder durch den Einwohnerrat vorgenommen würde. Wir sind aber gespannt auf die Abklärungen des Stadtrates und werden dann entscheiden, welcher Ansatz im Interesse unserer Kinder und von Aarau ist. In diesem Sinn unterstützt die SVP die Überweisung der Motion

**Gabriela Werder, Mitglied:** Die bestehenden Unsicherheiten in der Bevölkerung sowie in der Politik betreffend die KSAB zeigen einen deutlich dringenden Handlungsbedarf auf. Das aktuelle Konstrukt ist offensichtlich schwierig zu führen, sodass sich die Frage aufdrängt, ob es nicht Sinn machen könnte, die komplexe Struktur zu verändern oder davon wegzukommen. Die bestehende Struktur weist grosse Probleme im Führungsbereich auf, die meiner Meinung nach nicht allein auf eine politische Debatte zurückzuführen sind. Vielmehr denke ich, dass es falsch wäre, jetzt in diesem Thema Parteipropaganda zu betreiben. Es geht vielmehr darum, das Ganze objektiv anzugehen, um dieses wichtige Thema für uns alle zu lösen. Wir von der FDP-Fraktion unterstützen die Motion, wie weiter mit der Kreisschule Aarau-Buchs. Wir sind jedoch klar der Meinung, dass die Frage zu offen formuliert ist. Wir denken, um wirklich weiterzukommen, muss man in jedem Fall über den Vorschlag des Stadtrates abstimmen können. Zudem sind weitere Fragen unserer Meinung nach offen, wie zum Beispiel: Was bedeutet im Falle einer Abschaffung des Kreisschulrats die Verantwortung für das Budget? Wir möchten den Stadtrat bitten, bei der Beantwortung dieser Motion auch darauf einzugehen.

**Benita Leitner, Mitglied:** Schule ist ein Thema, das uns alle betrifft. Als Eltern, als Bürgerinnen und Bürger und als Menschen. Denn Schule bedeutet Zukunft für unsere Kinder und unsere Gesellschaft. Darum ist es verständlich, dass Schule bewegt und emotionalisiert. Die KSAB wurde mit der Absicht gegründet, Kräfte zu bündeln im Dienst einer starken, modernen Schule und einer optimalen Bildung für unsere Schulkinder. Doch die von Anfang an politisch gezeisselte KSAB hat nie einen leichten Stand gehabt. Diskussionen über Kompetenzen, Strukturen, Zuständigkeiten und Vertrauen haben den Betrieb schon immer belastet. Das hat sich gerade mit der Budgetdiskussion zugespitzt. Darum ist es jetzt Zeit, Klarheit zu schaffen. Die Motion, über die wir heute reden, soll eine Einladung zur Reflexion sein. Es geht darum, offen und ehrlich zu prüfen, ob die aktuelle Form das erfüllt, was wir uns für unsere Kinder, für unsere Schule und für unsere Stadt gemeinsam wünschen. Es gibt Spannungsfelder, offene Fragen und auch Frustration auf allen Seiten. Aber genau darum ist es wichtig, jetzt innezuhalten und genau

hinzuschauen. Sachlich, transparent und lösungsorientiert. Ich möchte an dieser Stelle noch etwas betonen, das mir besonders wichtig ist. Hinter dieser Schule stehen Menschen. Hinter jeder Diskussion, hinter jeder Schlagzeile und hinter jedem Protokoll stehen Menschen. Lehrpersonen, Schulleitungen, der Schulvorstand, die Geschäftsstelle und viele mehr. Sie alle tragen jeden Tag enorme Verantwortung, teilweise sogar ehrenamtlich und unter schwierigen Voraussetzungen. Sie haben mit dem Tagesgeschäft, dem Aufbau der Strukturen und den laufenden politischen Diskussionen und Anfragen auch im Kreisschulrat mehr als genug zu tun und sie verdienen unseren Respekt. Die KSAB ist noch nicht perfekt, sie ist in Bewegung. Es wird investiert, hinterfragt, aufgebaut und justiert. Aber die Menschen in der KSAB bemühen sich um Transparenz und Qualität sowie um Weiterentwicklung. Das verdient Vertrauen und dass wir sie auch einfach mehr in Ruhe arbeiten lassen. Deshalb sollten wir die KSAB ihre Arbeit machen lassen. Die Schule mit Vertrauen statt Misstrauen begleiten. Klarheit schaffen heisst nicht, alles abubrechen. Es heisst, dass auch wir hier Verantwortung übernehmen. Zusammen wollen wir nachdenken, wie es weitergehen soll, auch strukturell, und dabei die Menschen und vor allem unsere Schulkinder nicht aus dem Blick verlieren. Am Ende geht es um unsere Kinder, um ihre Bildung, ihr Wohlbefinden und ihre Chancen. Sie haben ein Recht auf eine Schule, die Stabilität bietet, Vertrauen vermittelt und die Zukunft eröffnet. Das sollten wir nie vergessen. Deshalb wird unsere Fraktion diese Motion einstimmig überweisen.

**Benedikt Ammann, Mitglied:** Wie jede andere Schule hat auch die KSAB ihre Herausforderungen zu meistern. Die Aufgabe der Politik wäre es, den Schulvorstand, die Schulleitungen und alle lehrenden Personen dabei zu unterstützen. Die KSAB wird aber seit ihrer Gründung von den rechtskonservativen Parteien meist zu Unrecht kritisiert. Dabei geht es selten um Inhalt, sondern darum, Stimmung zu machen und die Institution Schule zu schwächen. Das populistische Gebaren lehnt die Fraktion der SP-Aarau ab. Wir stehen für eine starke öffentliche Schule, die mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Das Resultat der Abstimmung über das Budget 2025 zeigt, dass die Aarauerinnen und Aarauer dies auch so sehen. Es stellt sich aber die Frage, ob dieses Ziel im Gemeindeverband mit Buchs erreicht werden kann. Mit dem Überweisen der Motion teilen wir explizit nicht die erwähnte jahrelange Kritik an den KSAB, sondern wir haben für die Schülerinnen und Schüler sowie die Angestellten das Beste im Sinn. Es gibt in der Fraktion auch einzelne Stimmen, die die Motion ablehnen. Diese sind der Meinung, dass die KSAB noch zu jung ist, um die Frage nach einer Auflösung zu stellen. Oder erhoffen sich bei einem Verbleib in der KSAB ein grösseres Freifachangebot, mehr Weiterbildungsmöglichkeiten und eine bessere Schulraumplanung. Einige sehen auch in der Motion die Chance, eine erneuerte Legitimation für die KSAB zu erwirken. Die eingeleitete Abschaffung des Kreisschulrats könnte dabei helfen. Die Motion wird aber vor allem aus den anfangs aufgeführten Gründen von unserer Fraktion mehrheitlich überwiesen.

**Franziska Graf-Bruppacher, Stadträtin:** Es freut mich sehr, dass im Zentrum aller Votantinnen und Votanten immer das Kind steht, denn das ist das Wichtigste. Der Stadtrat hat alles bereits schriftlich dargelegt, und ihr habt dies sehr gut aufgenommen. Wir hoffen jetzt, dass ihr entsprechend abstimmt und wir danach die Chance haben, euch transparent und klar darzulegen, warum wir in diese Richtung gehen möchten.

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, gelangen wir zur

### **Abstimmung**

*Der Einwohnerrat fass mit 41 gegen 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden*

### **Beschluss**

*Die Motion «Wie weiter mit der Kreisschule Aarau-Buchs» wird überwiesen.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

## Traktandum 8

**Verabschiedung Aaron Bürki**

**Anja Kaufmann, Präsidentin:** Unter dem Traktandum Diverses habe ich eine Verabschiedung. Aaron Bürki hat seinen Rücktritt mit der heutigen Sitzung eingereicht. Er schreibt:

«Ich musste in den letzten Wochen und Monaten feststellen, dass mein neuer Beruf als Schulleiter viel Platz einnimmt, sodass ich mich nicht mehr in ausreichender Form um mein Mandat als Einwohnerrat kümmern könnte. Deshalb werde ich auf den nächstmöglichen Termin aus dem Einwohnerrat austreten, sodass die Sitzung vom 23. Juni meine letzte sein wird. Mir hat vor allem die Arbeit in den Projektdelegationen sehr gefallen, wo bunt gemischte Teams an konkreten Projekten mitgestalten konnten. Diese Art der Mitgestaltung unserer Stadt werde ich vermissen.»

Aaron war Mitglied des Einwohnerrats seit dem 1. Januar 2020 und seine Vorstösse haben sich auch um gemeinschaftliche Themen wie Gemeinschaftsstrassen und Klima gedreht. Danke vielmals für deine Arbeit und dein Engagement und alles Gute auf deinem weiteren Weg, privat, beruflich und in der Politik.

Schluss der Sitzung 22.00 Uhr

**EINWOHNERRAT AARAU****Die Präsidentin:**

Anja Kaufmann

**Der Protokollführer:**

Stefan Berner